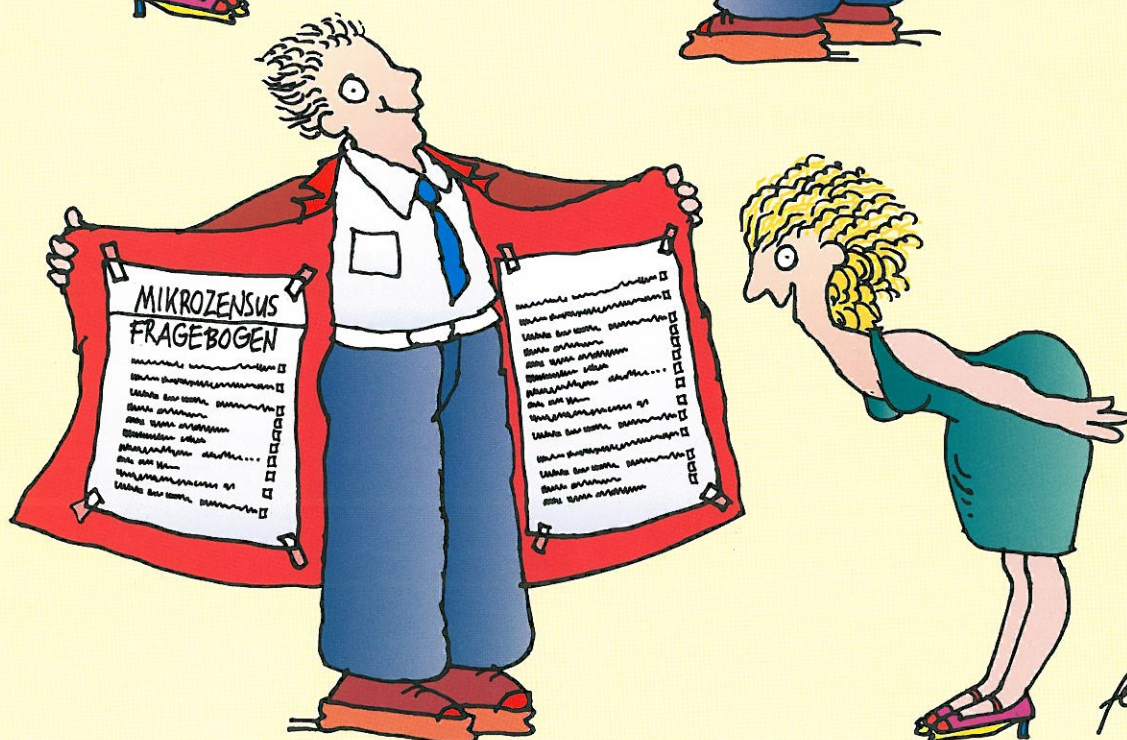
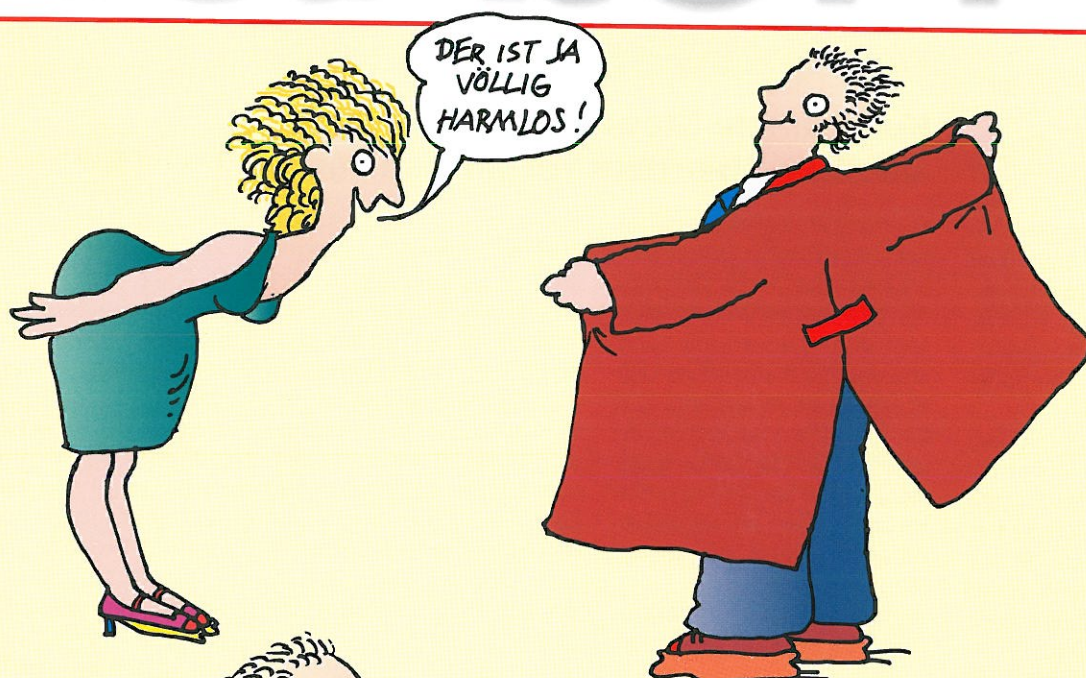
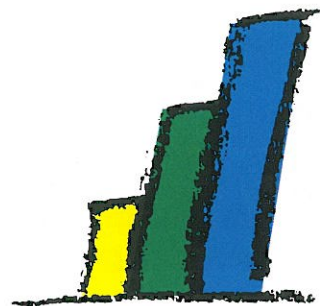


daten & fakten



2'2001

MAGAZIN DES LANDESBETRIEBES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK LAND BRANDENBURG

Brandenburger Jahresexport 2000 weiter angestiegen

Im Jahr 2000 exportierte Brandenburg – nach vorläufigen Ergebnissen – Waren und Produkte im Wert von nahezu 8,1 Milliarden DM. Damit lag der Jahresexport 2000 um mehr als 1,4 Milliarden DM bzw. 21,4 Prozent über dem Vorjahresergebnis und erreichte damit eine neue Höchstleistung.

Der Exportzuwachs ist ausschließlich auf die gestiegene Ausfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft (+24,5 Prozent) zurückzuführen. Hier konnte in allen Warengruppen eine überdurchschnittliche Entwicklung verzeichnet werden. Der Export von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft verringerte sich dagegen um ein Fünftel.

Mit einem Exportvolumen von nahezu 1,1 Milliarden DM waren die Vereinigten Staaten Brandenburgs wichtigstes Exportland, gefolgt von Polen mit 955 Millionen DM und den Niederlanden mit 654 Millionen DM.

Brandenburgs Importe erreichten im Jahr 2000 einen Wert von über 10,4 Milliarden DM und lagen damit um mehr als 2,3 Milliarden DM bzw. 28,6 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Während sich der Import von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft nur um 26 Millionen DM (+4,2 Prozent) erhöhte, betrug der Zuwachs von Gütern der gewerblichen Wirtschaft fast 2,3 Milliarden DM bzw. 30,7 Prozent.

Erdöl mit einer Importmenge von über 10 Millionen Tonnen (-10,8 Prozent) und einem Importwert von 3,9 Milliarden DM (+61 Prozent) bestimmte Brandenburgs Wareneinfuhr.

Nach Russland waren Polen und die Vereinigten Staaten Brandenburgs bedeutendste Importländer.



Kommunale Steuereinnahmen 2000 deutlich über dem Vorjahresniveau

Im Jahr 2000 beliefen sich die kassenmäßigen Steuereinnahmen der 1 479 Gemeinden des Landes Brandenburg nach Abzug der an das Land und den Bund abzuführenden Gewerbesteuerumlage auf 62,5 Mill. DM. Das sind je Einwohner 639 DM. Damit lagen sie um 87,8 Mill. DM bzw. 5,6 Prozent über den vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres.

Während die kreisangehörigen Gemeinden ihre Steuer-

einnahmen um 8,5 Prozent erhöhen konnten, gingen die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte um 4,7 Prozent zurück, u.a. verursacht durch den Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen in drei der vier kreisfreien Städte. Nur die Landeshauptstadt Potsdam hatte bei den Steuereinnahmen insgesamt ein im Vergleich zum Vorjahr positives Ergebnis (+5,6 Prozent) erzielt.

Schulsuche leicht gemacht: Schulverzeichnis im Internet

Steht Ihrer Familie ein größerer Umzug bevor, Ihr Sprössling kurz vor der Einschulung oder einem Schulwechsel? Für viele Eltern stellt sich dann die Frage: Welche Schule ist die Richtige für mein Kind? Für alle Suchenden haben das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik im März 2001 ein „Elektronisches Schulverzeichnis“ im Internet bereit gestellt.

Unter http://www.lids-bb.de/service/schulen/index_s.htm finden Sie alle Informationen zu allgemein bilden-

den Schulen einschließlich der Schulen des zweiten Bildungsweges sowie Erläuterungen zum Brandenburger Schulwesen. Über eine Suchmaske gelangen Sie konkret zu jeder Schule.

Mehr Geldvermögen in Brandenburger Haushalten

Das Geldvermögen eines Brandenburger Haushaltes betrug 1998 durchschnittlich 31 100 DM. Gegenüber 1993 bedeutet das einen Zuwachs um knapp 40 Prozent. Damit hatten die Brandenburger Haushalte nur 44 Prozent des Vermögens der Haushalte im früheren Bundesgebiet. Verglichen mit dem Durchschnitt der neuen Länder und Berlin-Ost (31 930 DM) lag der Vermögensbestand eines Brandenburger Haushaltes darunter.

Wie aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weiter hervorgeht, waren 1998 rund ein Drittel des Geldvermögens mit 10 660 DM Sparkuthaben, gefolgt von Lebensversicherungen u.ä. Versicherungen mit 6 290 DM (20 Prozent). Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen waren mit 5 430 DM (17 Prozent) die dritthäufigste Form der Geldvermögensbildung privater Haushalte. An vierter Stelle lagen Bausparkuthaben mit 3 220 DM (10 Prozent). Die Anlage von Geldvermögen in Aktien spielte 1998 mit einem Anteil von 4 Prozent eine untergeordnete Rolle.

Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/39-463, Telefax: 0331/39-418
E-mail: info@lds.brandenburg.de/lds/

Schriftleitung: Antje Leutholf
Stellvertreter: Fritz W. Ebert
Redaktion: Torsten Haseloff, Ina Hergert, Birgit Merten, Maritta Otte, Sabine Reichert, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Janet Schulze, Brigitte Thein

ISSN: 1430-2071

Auflage: 1.500

Bezugspreis: 5,00 DM pro Heft

daten & fakten erscheint halbjährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.



daten & fakten



*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

diese Ausgabe von **daten&fakten** hat als inhaltlichen Schwerpunkt „10 Jahre Mikrozensus im Land Brandenburg“. Das ist für mich Anlass, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LDS für ihre engagierte Arbeit zu danken. Mein besonderer Dank gilt den vielen Interviewerinnen und Interviewern, deren Einsatz diese Zensuserhebung erst möglich macht.

Ihr
Arend Steenken

Arend Steenken

Kurznachrichten 2

Der Mikrozensus zwischen Pflicht und Kür 4

Das Sanssouci-Projekt des LDS 7

Neue Bücher 8, 11, 22

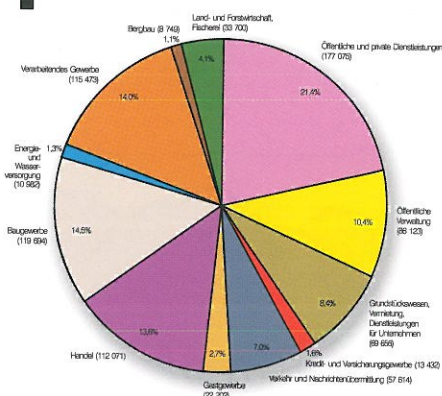
Authentizität + Integrität + Vertraulichkeit 9

Mit Laptop und Brennnesseltee 12

Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Brandenburg 16

Open Source Software (OSS) im öffentlichen Dienst 21

Schöne Tage in Potsdam mit Kultur, Geschichte und Wissenschaft 23



16 Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Brandenburg



10 Jahre
Mikrozensus
im Land
Brandenburg

12

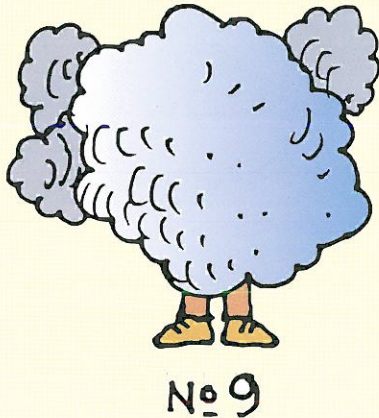
MAGAZIN
DES LANDESBETRIEBES FÜR
DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK **2'01**



23 80. Tagung der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Fragen ohne Auskunftspflicht:

Der Mikrozensus zwischen Pflicht und Kür



Wussten Sie schon ...

- dass 26,3 Prozent der Brandenburger 1999 an der Gripeschutzimpfung teilnahmen und damit doppelt so viele als im Bundesdurchschnitt?
- dass 14 Prozent der Brandenburger stark übergewichtig sind?
- dass jeder neunte regelmäßige Raucher 1999 angab, mehr als 20 Zigaretten am Tag zu rauchen?
- dass nur 10 Prozent der berufstätigen Personen die öffentlichen Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit benutzen?



Solche und ähnliche Ergebnisse liefert u.a. auch der Mikrozensus. Jedes Jahr, und das nun schon seit 1991, wird ein Teil der Befragung für freiwillig zu beantwortende Erhebungsmodule genutzt, um den Informationsbedürfnissen der verschiedenen staatlichen Bereiche gerecht zu werden.

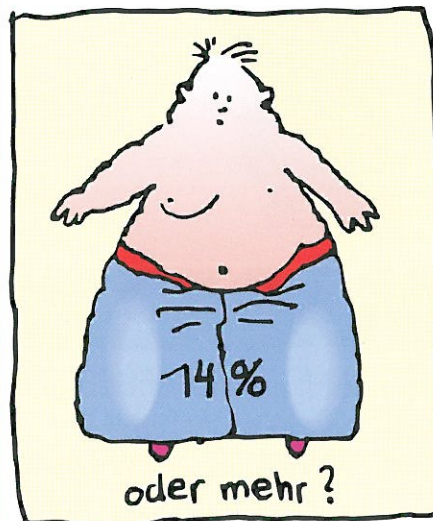
Sie liefern wertvolle ergänzende Aufschlüsse über die reinen demografischen Fakten der Haushalte hinaus.

In seiner Grundkonzeption ist der jährlich durchzuführende Mikrozensus eine Erhebung mit Auskunftspflicht. Für einen kleinen Teil der Fragen allerdings besteht diese Auskunftspflicht nicht. Nichts desto trotz sind diese Fragen sowohl aus Sicht einer umfassenden Darstellung der Haushalte, als auch aus Aspekten tiefer Analysemöglichkeiten sozialer Zusammenhänge wichtig.

Aus vielen Erhebungen auf freiwilliger Basis ist bekannt, dass das Antwortverhalten der Haushalte stark von dem einer Pflichterhebung abweicht. So antworten nur ca. 10 bis 30 Prozent je nach Umfang und Thematik auf freiwillige Erhebungen. Die Antwortbereitschaft ist auch innerhalb der sozialen Gruppe und Haushaltstypen sehr unterschiedlich, so dass es zu Unterrepräsentationen bestimmter Bevölkerungsgruppen kommt.

Die hohe Antwortrate im Mikrozensus, zugegebenermaßen aus der Auskunftspflicht resultierend, hat den Nebeneffekt, dass im Zuge der Beantwortung des Pflichtteils auch die mit vergleichsweise geringem Zeitaufwand verbundenen freiwilligen Fragen beantwortet werden.

Eine sehr hohe Ausfallquote der freiwilligen Fragen ist dann zu verzeichnen, wenn ein Haushalt schriftlich antwortet bzw. die schriftliche Beantwortung angefordert wird.



Aber auch hier gibt es die unterschiedlichsten Einstellungen zur Freiwilligkeit. Ein geringer Teil der Auskunftsverweigerer ist nur bereit, den freiwilligen Teil zu beantworten, andere wiederum füllen grundsätzlich nur das aus, wozu das Gesetz sie verpflichtet.

Insgesamt ist das Antwortverhalten der Brandenburger jedoch als gut einzuschätzen.

Die Thematik zu den verschiedenen freiwilligen Fragekomplexen scheint nur in geringem Umfang das Antwortverhalten zu beeinflussen.

Hat sich ein Haushalt erst einmal zur Beantwortung entschieden, dann spielen die Themen nur in ganz speziellen Sachfragen eine stärkere Rolle.

Betrachtet man z. B. die Fragen nach der Körpergröße und dem Gewicht, so zeigt sich, dass hier das Antwortverhalten doch von der normalerweise hohen Bereitschaft abweicht. Anscheinend sind solche Fragen, die auch die Eitelkeit der Bürger berühren, weniger geeignet, als z. B. Auskünfte über Gripeschutzimpfungen. Dabei sind vor allem Bürger der alten Bundesländer generell weniger bereit, auf freiwillige Fragen zu antworten, als beispielsweise Brandenburger.

Nachfolgende Tabelle 1 zeigt die Ant-

wortquote gleicher Fragekomplexe über die verschiedenen Zeiträume:

Seit 1991, dem ersten Jahr der Mikrozensusbefragung in Brandenburg, hat sich das Profil der freiwillig zu beantwortenden Fragekomplexe kontinuierlich weiterentwickelt und wurde den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen angepasst. So wurde mit Beginn der Erhebung 1996 die ständig steigende Bedeutung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften berücksichtigt und als jährlicher Bestandteil in die Erhebung integriert. Die Richtigkeit dieser Entscheidung zeigt sich bei Betrachtung der folgenden Tabelle 2.

Wenn man auf die Anfänge des Mikrozensus zurückblickt (den Mikrozensus gibt es in der BRD bereits seit 1957), dann zeigt sich der Wandel bezüglich der Inhalte zum heutigen Informationsbedürfnis besonders deutlich.

1962 z. B. waren der Gemüse- und Kartoffelanbau, 1964 der Besitz eines Führerscheines, 1966 die Religionszugehörigkeit und 1972 die Einkaufsmöglichkeiten in Großstädten Gegenstand des Interesses.

Gerade in den ersten Jahren gab es so gut wie keine Tabus, „sensible“ Fragen zu stellen. Wenn jemand verheiratet war folgte z. B. im Anfangsjahr gleich die Frage nach der Anzahl der Ehen.

Bis 1971 wurde nach der An- und Abwesenheit am Stichtag nachgefragt. Ein Unterpunkt für eine mögliche Abwesenheit war z. B. die Strafanstalt. Wer wollte da ernsthaft eine Antwort darauf und wozu?

Manch hochrangiger Politiker hätte heute seine liebe Not mit der (ehrlichen) Beantwortung der 1962 gestellten Frage nach der Finanzierung der Urlaubsreise (ganz aus eigenen, teils aus fremden, ganz aus fremden Mitteln finanziert).

Bis 1995 waren die freiwilligen Fragen auf einem gesonderten Bogen, so dass bei Verweigerungshaltungen der gesamte Themenbereich ausfiel. Ab 1996 wurden diese Fragen in den Hauptbogen integriert. Das hatte erstens den Vorteil, dass zueinander gehörende Fragen, ob Pflicht oder Freiwilligkeit, auch im Zusammenhang gestellt werden konnten. Andererseits ist auch der fließende Übergang von einer Frageform in die andere eher antwortfördernd. Freiwillige Fragen müssen jedoch generell andersfarbig gestaltet werden und haben die Kennzeichnung

„Freiwilligkeit“. Mit der Bildung der Europäischen Union im Jahre 1993 wurden ein ein-

Thema	Erfüllung in Prozent zur Pflichterhebung					
	1992		1995		1999	
	BRD	BB	BRD	BB	BRD	BB
Rauchgewohnheiten	89,6	89,9	91,4	96,1	86,3	91,2
Jodsalzverwendung	89,9	93,6	91,0	96,1	–	–
Gesundheitsfragen	89,7	93,8	90,7	95,8	87,0	92,5
darunter:						
Gripeschutzimpfung	–	–	–	–	86,4	91,7
Körpergröße u. Gewicht	–	–	–	–	75,3	87,4

Tabelle 1

Freiwilliger Frageteil	1996	1997	1998	1999	2000
	1000				
Nichteheliche Lebensgemeinschaften					
insgesamt	76,5	82,6	88,8	96,2	99,6
ohne Kinder	35,0	40,7	45,7	44,1	47,4
mit Kindern	41,5	41,9	43,0	52,1	52,2
darunter mit Kindern unter 18 Jahren	38,3	37,8	39,8	47,2	47,8
Kinder insgesamt	65,2	61,8	63,9	75,6	72,3
darunter unter 18 Jahre	58,3	53,2	55,3	64,6	63,5

Tabelle 2

heitlicher Europäischer Binnenmarkt und Wirtschaftsraum verwirklicht. Vor diesem Hintergrund ergab sich die Notwendigkeit, den politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen und die Statistiken den neuen Anforderungen anzupassen. Schon 1992 wurde eine noch heute gültige Verordnung zur Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über die Arbeitskräfte und den Arbeitsmarkt in der Gemeinschaft für einen unbestimmten Zeitraum angeordnet. Hauptinhalt war und ist die Beobachtung des Arbeitsmarktes mit allen seinen Problemen und verschiedenen Gegebenheiten.

Die Themen umfassen spezielle Fragen an Ausländer, z. B. ob sich noch Kinder oder Ehepartner im Heimatland befinden, die Aus- und Weiterbildung, den Weg zur Schule und zur Arbeit, der Gesundheit und der Pflegebedürftigkeit. Gegenüber dem Mikrozensus, der in seinem Fragenumfang relativ konstant geblieben ist, hat die EU-Kommission bzw. Eurostat ständig wachsende Informationsbedürfnisse.

So sollen ab 2002/2003 sowohl Fragen zu berufstätig Behinderten, zu Über-

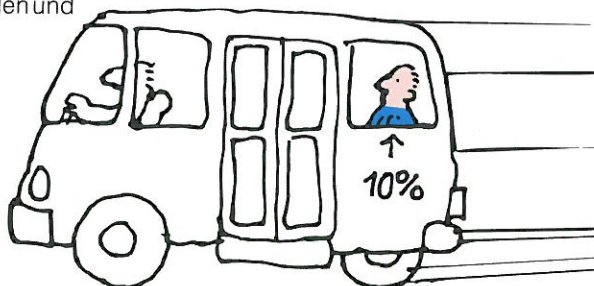
gangszeiten Schule-Beruf u. a. hinzukommen. Die Frage, was kann man den Haushalten noch zumuten, stellt sich angesichts dieser Entwicklung.

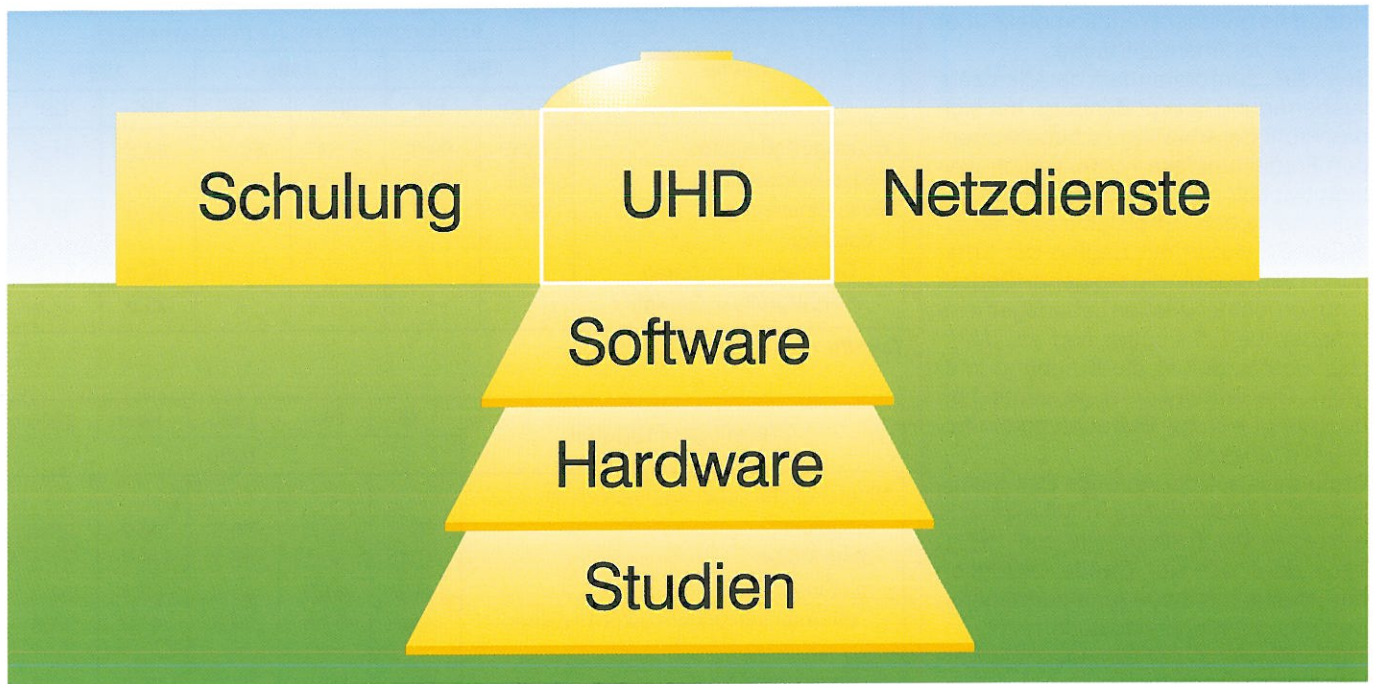
Dessen ungeachtet sind die aus der Arbeitskräftestichprobe der EU gewonnenen Erkenntnisse und die sich abzeichnenden Tendenzen und Trends wichtige Informationen für die politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene.

Im Jahr 2005 wird das bis dato geltende Mikrozensusgesetz durch ein neues ersetzt werden. Unter Berücksichtigung, dass der zukünftige Mikrozensus als eine unterjährige Erhebung neue Möglichkeiten der Auswertung und Ergebnisdarstellung eröffnen wird, steht auch die gesamte Problematik der freiwilligen Fragen auf der Tagesordnung der neu zu bestimmenden Komplexe. So stellen z. B. eheähnliche Lebensgemeinschaften längst schon einen festen Bestandteil der Familienverhältnisse dar, so dass hier durchaus die Freiwilligkeit nicht mehr gegeben sein muss. Andererseits sind heute einige Pflichtfragen sicherlich nicht mehr zeitgemäß und werden zukünftig sogar weggelassen.

Auf jeden Fall stellt der Mikrozensus auch weiterhin mit seinem Mix aus „Pflicht und Kür“ ein unverzichtbares Instrument zur Beobachtung gesamtgesellschaftlicher Prozesse dar und wird seinen Teil dazu beitragen, ein objektives und umfassendes Bild der Gesellschaft zu vermitteln.

Peter Kuchta





Das Sanssouci-Angebot

Das Sanssouci-Projekt des LDS

Am 01. Januar 2001 wurde das „Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg“ in den „Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik“ (LDS) umgewandelt. Dies bedeutet unter anderem, dass erbrachte Leistungen für andere Landesbehörden und öffentliche Einrichtungen abgerechnet und auch effektiv und kostengünstig durch den LDS erbracht werden müssen.

Im Bereich Datenverarbeitung gab es bereits vielfältige Aufgaben gegenüber diesem Kundenkreis. Es galt, diese auszubauen und zu festigen, aber auch neue und für die Kunden interessante Angebote zu schaffen und anzubieten. Wie in jedem Unternehmen, ist auch in der Verwaltung der Einsatz der Informationstechnik ein nicht zu unterschätzender Faktor für eine reibungslos funktionierende Organisation der gesamten Arbeitsabläufe. Dabei müssen nicht nur die Leistung und Konfiguration der installierten Rechner stimmen, sie müssen auch optimal genutzt werden. Nur wenn die Hardware stabil funktioniert und die eingesetzte Software anwenderfreundlich ist, bringt die EDV auch den erwarteten Nutzen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können sich die Mitarbeiter auf ihre Aufgaben

konzentrieren, statt sich mit den Tücken der Technik herumzuschlagen.

In jedem Unternehmen ist es notwendig, ein Werkzeug zu haben, in dem die Leistungen in einem Paket zusammengefasst und definiert sind, das die gesamte Leistungspalette enthält, aus der eine gezielte Auswahl der Leistungen getroffen werden kann.

Im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik wurde im Juni 2000 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich intensiv mit diesem Thema befasste. Die Mitglieder, Spezialisten aus verschiedenen Bereichen des LDS, kamen zu dem Schluss, dass den Landesbehörden ein komplettes Dienstleistungspaket mit individuell angepassten Komponenten angeboten werden sollte, die sogenannte „Informationstechnologie aus der Steckdose“. Da die Anwender – Ämter, Behörden, usw. – damit möglichst wenig Sorgen haben sollten und um den Bezug zum Standort Potsdam herzustellen, wurde dieses Projekt „**Sanssouci – das komplette IuK-Dienstleistungspaket des LDS**“ genannt.

Das Angebot umfasst sechs Komponenten, die sich wiederum aus verschiedenen Einzelbausteinen zusammensetzen. Diese können dann nach den indi-

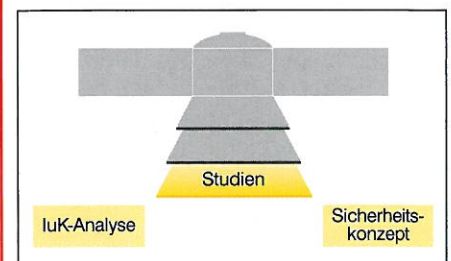
viduellen Kundenwünschen zusammengestellt werden.

Studien:

Der erste Teil des Sanssouci-Projektes beinhaltet die Erstellung und Auswertung von Studien für die beauftragenden Behörden.

IuK-Analysen

Auch in Behörden ist es wichtig, durch zukunftsorientiertes Denken ständig die Wettbewerbsfähigkeit und das Innovationsvermögen zu überprüfen. Dies gilt ganz besonders für eine adäquate technische Ausstattung im Bereich der APC-Technik (APC=Arbeitsplatz-Computer). Einer angemessenen Aktualisierung von Hard- und Software kommt dabei eine besonders wichtige Funktion zu. Die Gestaltung einer effektiven und zukunftsorientierten IuK-Versorgung in



den Behörden setzt voraus, dass entsprechende Ausgangsparameter klar erkannt werden. Die Erarbeitung derartiger Studien erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den auftraggebenden Behörden, so dass eine hohe Ergebnisidentifikation gewährleistet ist. Nach Auswertung der Analysen werden zukunftssträchtige Arbeitsplatzkonzeptionen entwickelt, die den Behörden als Entscheidungsgrundlage für weitere Schritte dienen.

Erstellung von Sicherheitskonzepten

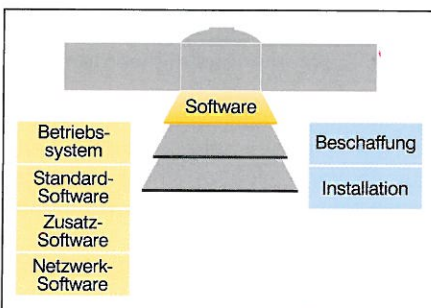
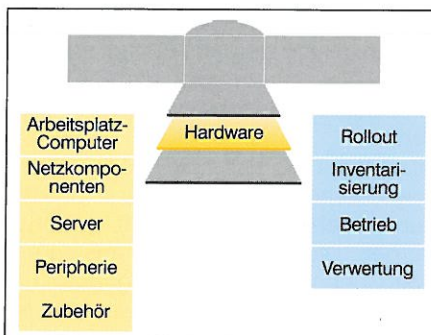
In Zeiten komplexer Vernetzungen nach innen und außen sind wirkungsvolle Sicherheitskonzepte unerlässlich. Auch hier gibt es die Notwendigkeit einer analytischen Vorarbeit, um mögliche Defizite transparent zu machen. Die Sicherheitsexperten des LDS sind anerkannte Spezialisten und nehmen derartige Sicherheits-Überprüfungen mit Zertifizierung vor.

Hardware und Software

Aufbauend auf die Ergebnisse der vorangegangenen Studien stehen die Teile Hardware und Software des Warenkorbes mit ihren detaillierten Angeboten zur Auswahl.

Um beispielsweise den Einrichtungen der Landesverwaltung Brandenburg eine schnelle und problemlose Beschaffung von IT-Technik und -Dienstleistungen zu ermöglichen, wurde ein Vertrag mit der

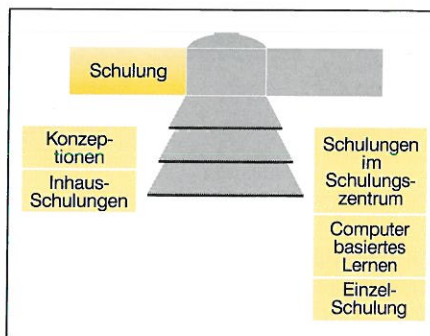
Firma ESOTRONIC Computer GmbH abgeschlossen. Informationen und Bestellformular sind im Intranet „Brandenburg intern“ abrufbar.



Schulungen

Das „Sanssouci-Konzept“ als LuK-Komplettpaket beinhaltet selbstverständlich auch die Leistungen des LDS-Schulungszentrums in Teltow mit seinen fachgerechten Ausbildungsmodulen, die in vielfältiger Form in Anspruch ge-

nommen werden können. Bevor die Behörden jedoch konkrete Schulungsmaßnahmen einleiten, empfiehlt der LDS eine Analyse des gesamten Schu-

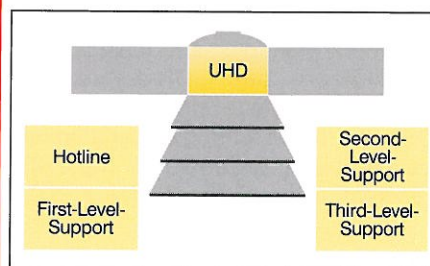


lungsbedarfs und die Erstellung eines Gesamtkonzepts. Diese Maßnahme erfordert zwar zunächst einen Initialaufwand auf beiden Seiten, stellt aber die effiziente Nutzung der IT-Ausbildung sicher.

User Help Desk

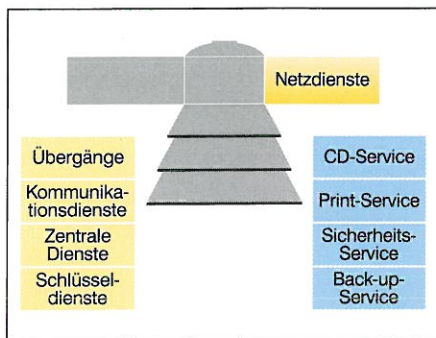
Der UserHelpDesk des LDS als zentraler und kompetenter Ansprechpartner bietet durch die gute Erreichbarkeit der Hotline zeitnah kompetente Problemlösungen für den Nutzer. Das wird u.a. erreicht durch die Koordinierung der Zusammenarbeit des First-, Second- und Third-Level-Supports. Selbstverständlich sind der 24-Stunden-Service und individuelle Service-Vereinbarungen.

luK-Analyse	Warenkorb des LDS		Sicherheitskonzept
Hardware-Beschaffung	Hardware-Roll-out	Hardware-Betriebsgarantie	Software-Beschaffung
Software-Installation	Schulungskonzept	benutzerspez. Schulungen	Computerbasiertes Lernen
Einzelschulung	Hotline	First-Level-Support	Second-Level-Support
Third-Level-Support	Netzübergänge	Schlüsseldienste	Kommunikationsdienste
Backup-Service	CD-Service	Print-Service	Sicherheitsservice



Netzdienste

Der LDS als zentraler Knotenpunkt des Landesverwaltungsnetzes bietet durch die technische Konzentration ein Dienstleistungsangebot für die Nutzung der Netzwerk-Infrastruktur des Landes. Diese besteht z.Zt. aus dem Landesverwaltungsnetz, den Campus-Netzen in Behördenzentren, sowie aus den lokalen Netzen innerhalb der Gebäude der einzelnen Behörden. Der LDS passt die komplexen Netztechniken in die aktuellen Umgebungen der Behörden ein und sichert sowohl die



Funktionsfähigkeit und Stabilität als auch die Sicherheit der Nutzung.

Wegen der Komplexität kann hier keine detaillierte Beschreibung der angebotenen Produkte erfolgen. Aus diesem Grunde wurden sie in einem **Warenkorb** zusammengefasst und zusätzlich Produktblätter erarbeitet, die den Kunden einen Einblick in den Inhalt der angebotenen Dienstleistungen vermitteln sollen. Damit ist den Behörden u. a. die Möglichkeit gegeben, über GroupWise bzw. Exchange miteinander zu kommunizieren, Terminplanungen vorzunehmen usw.

Am 02. Februar 2001 wurde das Projekt „Sanssouci“ der Geschäftsleitung des LDS vorgestellt. Die Ergebnisse wurden voll bestätigt und dem Entscheidungsvorschlag wurde zugestimmt. Die Autorin dieses Beitrags wurde als „Sanssouci-Managerin“ mit der Umsetzung der Beschlüsse beauftragt.

Das inhaltliche Angebot des Projektes ist sehr breit gefächert. Deshalb müssen mehrere Bereiche des LDS in die Umsetzung einbezogen werden.

Besonders wichtig ist es, den zukünftigen Nutzern des LDS-Angebotes „Sanssouci – das Sorglospaket des LDS“ den Inhalt und die Vielfältigkeit des Angebotes zu vermitteln. Die erste Präsentation fand am 28. März 2001

statt. Bei der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass bei den anwesenden Vertretern der Behörden ein starkes Interesse für das angebotene Produktpaket besteht. Da bei derartigen Veranstaltungen nur allgemeine Fragen geklärt werden können, müssen die speziellen Interessen der Kunden in individuellen Gesprächen gelöst werden.

Interessant ist, dass die Produkte des angebotenen Warenkorbes in dieser Runde sehr unterschiedlich gewertet wurden. Dies ist auch durchaus so gewollt, denn der Ausstattungsgrad bei IT-Hard- und -Software, sowie die jeweiligen Anforderungen sind in den einzelnen Verwaltungen sehr unterschiedlich, so dass die Bausteine jeweils individuell zusammengestellt werden müssen.

Ein wichtiger Punkt wird die Erstellung von LuK-Analysen beim Anwender sein. Nur so kann eine optimale Herangehensweise an die anderen Bausteine erreicht werden.

Neben den Präsentationen für Kunden, werden auch im LDS selbst Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Damit wird die Transparenz des „Sanssouci-Projektes“ innerhalb des LDS erreicht und die Identifikation mit dem Aufgabengebiet verstärkt.

Ausblick

Das Projekt „Sanssouci“ ist nicht nur die Sammlung bisher ohnehin vorhandener Dienstleistungen, sondern ein in sich geschlossenes Angebotskonzept. Es bietet den Behörden eine Rund-um-Versorgung für die gesamte technische Ausstattung an, die von der Planung, über die Beschaffung, die Installation und den Betrieb von technischen Hard-

und Softwarekonstellationen eine modular aufgebaute Leistungspalette darstellt, die letztlich von den Behörden soweit genutzt werden kann, dass der LDS die operative Betreuung der IT-Technik komplett übernimmt (Outsourcing). Eingeschlossen ist dabei auch der Aspekt, dass wegen der immer kürzer werdenden Innovationszyklen in der IT-Technik, die notwendige Anzahl ausreichend qualifizierter Mitarbeiter in den einzelnen Behörden nicht mehr vorgehalten werden muss.

Um all das zu gewährleisten, werden zur Zeit die organisatorischen Voraussetzungen entwickelt. Das Ziel dabei ist, ohne die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen außer acht zu lassen, eine zeitnahe Bereitstellung der angebotenen Dienstleistung. Eine weitsichtige Planung ist dabei unumgänglich.

Für den Bereich Marketing wurde Informationsmaterial erstellt, das dem potenziellen Kunden einen schnellen Überblick über das Gesamtangebot verschaffen soll. Wenn schon feststeht, welches Produkt des Warenkorbes der Kunde benötigt, kann er aus den erarbeiteten Produktblättern weitere Informationen entnehmen. Die Produktblätter werden ständig aktualisiert und stehen somit immer mit den neuesten Informationen zur Verfügung. Sie sind im Intranet „Brandenburg intern“ veröffentlicht.

Margret Schmidt

Für weitere Informationen über das „Sanssouci-Dienstleistungspaket“ und zur IT-Beschaffung steht Frau Margret Schmidt im LDS zur Verfügung.

Telefon-Nr.: 0331-39513,
E-Mail: margret.schmidt@lds.brandenburg.de

NEUE BÜCHER



Mit der Reihe **„Fit am Computer – Clever und schnell“** hat der Verlag „Markt + Technik“ zusammen mit dem Verlag „Dorling Kindersley“ eine Buchreihe entwickelt, die es Anfängern sehr einfach macht ohne Vorkenntnisse und große Einarbeitung mit Programmen zu arbeiten. Innerhalb kurzer Zeit kann man sich die nötigen Grundkenntnisse für das Arbeiten am PC aneignen.

Die in dieser Reihe erschienenen Bücher sind visuell ansprechend gestaltet und kommen auch durch eine klare Gliederung den Bedürfnissen von Anfängern sehr entgegen.

Bisher erschienen sind:

- Briefe mit Word
ISBN 3-8272-5900-2
- Tabellen und Diagramme mit Word – ISBN 3-8272-5908-8
- Tabellen mit Excel
ISBN 3-8272-5901-0

- Tabellen gestalten und drucken mit Excel – ISBN 3-8272-5909-6
- Präsentationen mit PowerPoint
ISBN 3-8272-5910-x
- Digitale Fotografie
ISBN 3-8272-5903-7
- Browsen im Web
ISBN 3-8272-5902-9
- E-Mail – ISBN 3-8272-5904-5
- Die eigene Website
ISBN 3-8272-5905-3
- Start ins Internet
ISBN 3-8272-5911-8



Torsten Haseloff

Digitale Signatur und Verschlüsselung von E-Mails:

Authentizität + Integrität + Vertraulichkeit

Im Rahmen der täglichen Kommunikation werden im Bereich der öffentlichen Verwaltung verstärkt Informationen und Dokumente elektronisch ausgetauscht, zum Beispiel per E-Mail oder Dateiübertragung. Insbesondere aufgrund der Nutzung öffentlicher Netze müssen zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit, Integrität und Verbindlichkeit der elektronischen Kommunikation ergriffen werden. Als Lösungsmöglichkeit bietet sich hier der Einsatz von elektronischer Signatur und Verschlüsselung an.

Dazu stehen sichere kryptographische Algorithmen und Verschlüsselungsprotokolle zur Verfügung, die es ermöglichen Authentizität (Nichtabstreitbarkeit), Integrität (Unverfälschtheit) sowie Vertraulichkeit (Nichtlesbarkeit) der elektronischen Kommunikation sicherstellen zu können.

Bei der Sicherung von E-Mail-Kommunikation haben die Verschlüsselungsprotokolle S/MIME (Secure-Mail) und PGP (Private Good Privacy) weltweit besondere Bedeutung erlangt. Beide

Protokolle nutzen Public-Key-Verfahren zur Verschlüsselung und elektronische Signatur von E-Mail. Public-Key-Verfahren werden auch als asymmetrische Verfahren bezeichnet. Hierbei besitzt jeder Teilnehmer ein Schlüsselpaar, bestehend aus einem öffentlichen und einem privaten Schlüssel (Private Key). Beide Schlüssel stehen in einem engen mathematischen Zusammenhang und sind gegenseitig nicht herleitbar. Der private Schlüssel ist geheim zu halten.

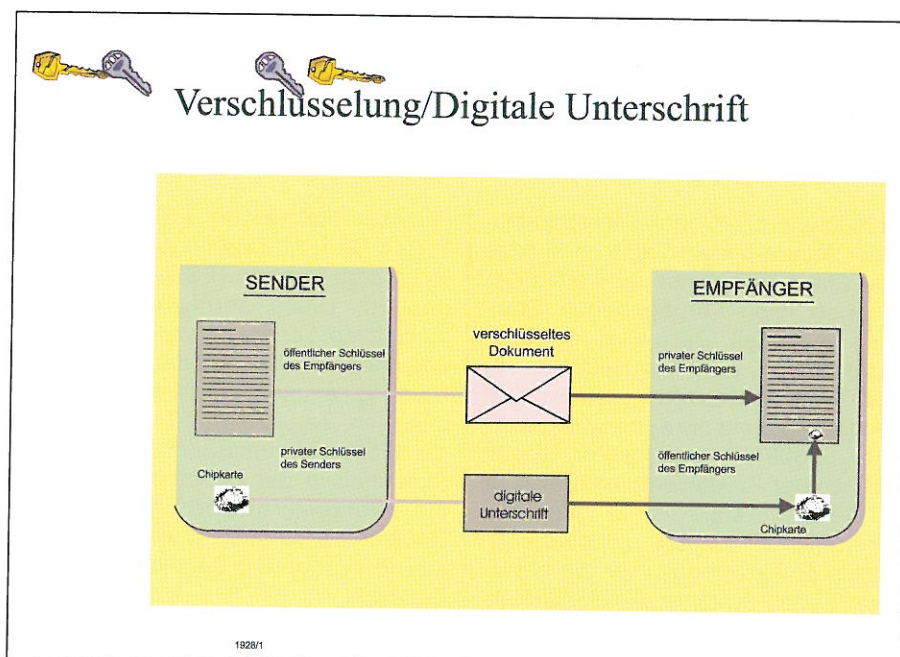
Der öffentliche Schlüssel (Public Key) kann allen Kommunikationspartnern bekannt gemacht werden. Damit der Kommunikationspartner den öffentlichen Schlüssel auch einem Besitzer nachweisbar zuordnen kann, prüft er das von einer „Zertifizierungsstelle“ ausgestellte Zertifikat des öffentlichen Schlüssels. Der Absender signiert (elektronische Unterschrift) mit seinem privaten Schlüssel, der Empfänger verifiziert (prüft) die Signatur mit dem zugehörigen öffentlichen Schlüssel des Absenders. Zusätzlich kann der Absender

seine Nachricht mit dem öffentlichen Schlüssel des Empfängers verschlüsseln. Dieser entschlüsselt dann mit seinem privaten Schlüssel.

Die Kommunikationspartner müssen Zugriffsmöglichkeiten auf die entsprechenden öffentlichen Schlüssel haben. Das kann dadurch geschehen, dass die Teilnehmer sich die öffentlichen Schlüssel gegenseitig zusenden, bei überschaubaren Teilnehmerzahlen möglich oder von der Zertifizierungsstelle in einem öffentlichen Verzeichnisdienst (Directory) bereitgestellt werden.

Als sicheres Speichermedium für den privaten Schlüssel werden zukünftig Smart-Cards in Form von Chipkarten eingesetzt. Diese enthalten einen Prozessor mit Speichereinheit, der alle relevanten Aktionen ausführt und den privaten Schlüssel sicher speichert. Bei Schlüsseloperationen werden die Daten über einen Chipkartenleser zur und von der Karte transferiert. Damit wird sichergestellt, dass der gespeicherte private Schlüssel nie die Karte verlässt, was einem deutlichen Sicherheitsvorteil gegenüber der bisherigen Speicherung des öffentlichen Schlüssels in der E-Mail-Software bedeutet.

Voraussetzung für die Nutzung von Public-Key-Verfahren ist das Vorhandensein einer Public-Key-Infrastructure (PKI). Damit wird eine Umgebung bezeichnet, in der Dienste bereitgestellt werden, die auf einfache Art und Weise die Anwendung von Public-Key-Verfahren zur Verschlüsselung und digitalen Signatur ermöglichen. Dazu gehört u.a. die Schlüsselerzeugung, die Ausstellung von Zertifikaten auf öffentlichen Schlüssel, die Bereitstellung der öffentlichen Schlüssel und der Zertifikate und ein Zertifikatssperrendienst. Wichtigster Teil einer PKI ist die Zertifizierungsstelle. Die Zertifizierungsstelle bestätigt die Bindung eines öffentlichen Schlüssels an einen Besitzer durch ein Zertifikat. Das Vertrauen aller Kommunikationspartner in diese Zertifikate ist Grundbedingung für eine sichere Kommunika-



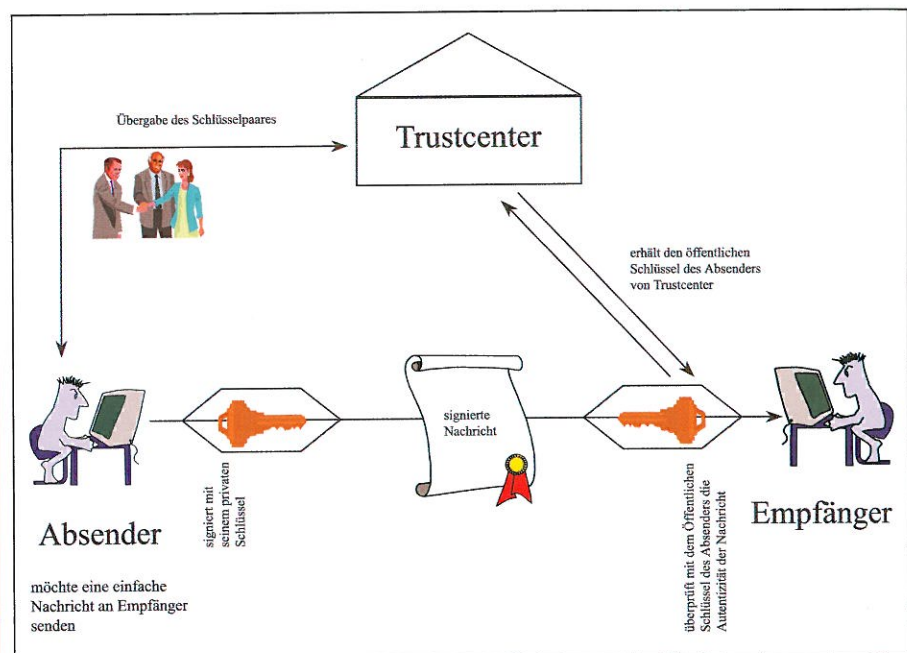
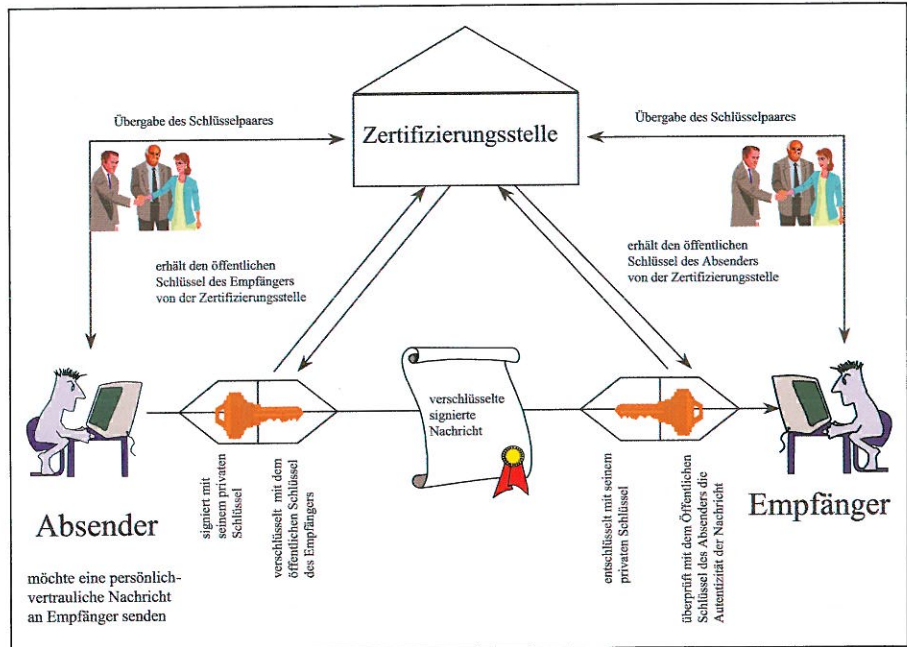
tion. Aus diesem Grund werden an die PKI und damit an die Zertifizierungsstelle vom Signaturgesetz hohe Sicherheitsanforderungen gestellt.

Ein Kommunikationspartner stellt bei der Zertifizierungsstelle einen Antrag auf Ausstellung eines Zertifikates zur elektronischen Signatur/Verschlüsselung. Diese prüft die Identität des Antragstellers durch geeignete Maßnahmen, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme von Funktionen einer separaten Registrierungsstelle und registriert den Antrag. Die Art der Identitätsprüfung ist vom Zweck des auszustellenden Zertifikates und der Sicherheitspolitik der Zertifizierungsstelle abhängig und kann sich vom Prüfen der E-Mail-Adresse bis zum persönlichen Vorlegen eines Ausweisdokumentes erstrecken. Erst danach stellt die Zertifizierungsstelle ein entsprechendes Zertifikat aus, das den Besitzer an den zugehörigen öffentlichen Schlüssel bindet. Das Zertifikat wird anschließend dem Antragsteller auf einem sicheren Weg übergeben, gleichzeitig aber auch in einem öffentlichen Verzeichnis zum öffentlichen Abruf bereit gestellt.

Von der Sicherheitspolice (Vorgaben zur Gewährleistung der Sicherheit) werden die notwendigen Hard- und Softwarekomponenten und organisatorischen Maßnahmen einer PKI bestimmt. Die Sicherheitspolice legt auch fest, ob die Zertifikate gemäß Signaturgesetz für fortgeschrittene Signaturen oder qualifizierte Signaturen (Gleichsetzung mit der eigenhändigen Unterschrift) bestimmt sind.

Im Bereich der E-Mail-Kommunikation wird in länder- und bundesweiter Abstimmung vorerst der Einsatz von fortgeschrittenen Signaturen als ausreichend betrachtet, wobei ein zukünftiger Übergang zur qualifizierten Signatur möglich sein sollte. Durch den weniger hohen Sicherheitsaufwand für die fortgeschrittene Signatur ist es möglich, die Verschlüsselung und elektronische Signatur bei ausreichender Sicherheit einem breiten Nutzerkreis zugänglich zu machen.

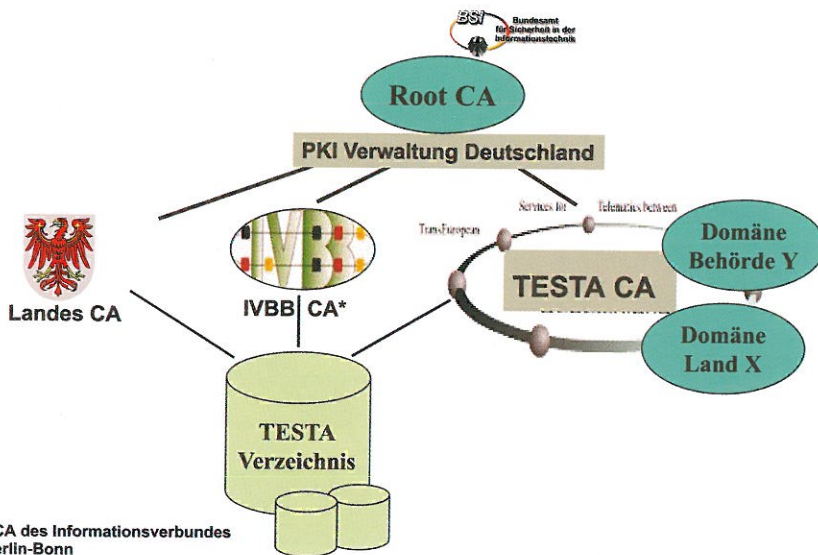
Als Mitglied der Arbeitsgruppen „Kommunikation und Sicherheit“ und „TESTA-Netz“ (Netz der Bundesländer und des Bundes) des „Kooperationsausschuss für Automatisierte Datenverarbeitung“ (KoopA ADV) ist der LDS an der Erarbeitung eines „Handlungsleitfadens für die Einführung der elektronischen Signatur und Verschlüsselung in der Verwaltung“ beteiligt. Ziel dieses Handlungsleitfadens ist u. a. die Ge-



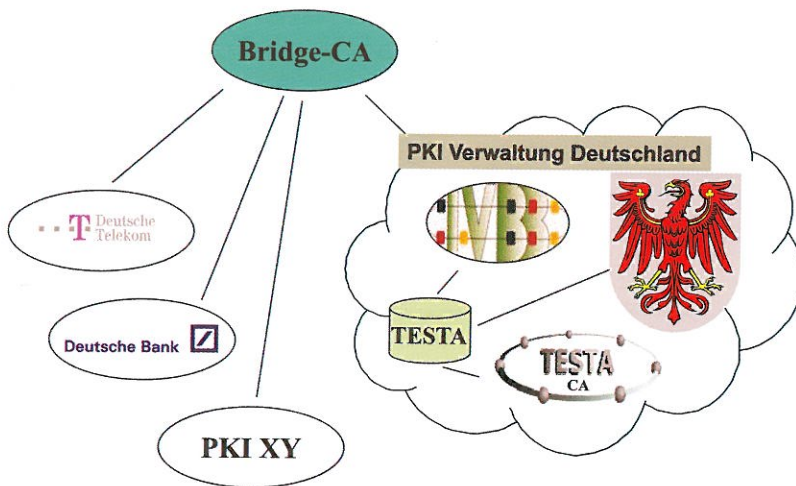
währleistung der Produktinteroperabilität der Secure-E-Mail-Clients, d. h. dass jeder Client Signaturen und Verschlüsselungen nach vorgegebenen Standards behandelt. Dazu wird im Handlungsleitfaden das einzusetzende E-Mail-Verschlüsselungsprotokoll (S/MIME V.3) und die Zertifikatsspezifikation (X.509 V.3) vorgegeben. Gleichzeitig werden Produktempfehlungen für die Secure-E-Mail-Clients gegeben, wobei hier der Einsatz von speziellen Plugins (Zusatzmodule) für die betriebenen E-Mail-Systeme, wie MS Exchange, MS Outlook und GroupWise notwendig wird. Für PKI-Dienstleistungen wird

in diesem Rahmen im TESTA-Netz eine TESTA-CA (Certification Authority, Zertifizierungsstelle im TESTA-Netz) bereit gestellt. Diese Zertifizierungsstelle steht allen Landesverwaltungen offen und wird von den Arbeitsgruppen zur Nutzung empfohlen. Innerhalb einer strengen Zertifizierungshierarchie ist die TESTA-CA vom BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) als Wurzelzertifizierungsstelle für Deutschland zertifiziert worden und in eine PKI Verwaltung Deutschland eingebunden. Über eine Bridge-CA ist die gegenseitige Anerkennung der Zertifikate anderer

Verwaltungs-PKI Struktur



Bridge-CA



PKI-Umgebungen (Wirtschaft) gewährleistet.

Im Rahmen der beschriebenen TESTA-CA übernimmt der LDS die Funktion einer Registrierungsstelle für die Landesverwaltung Brandenburg. Dazu ist geplant, dass der LDS ab III. Quartal 2001 Antragsformulare mit näheren Informationen zum Download zur Verfügung stellt.

Das Einsatzgebiet von elektronischer Signatur und Verschlüsselung ist nicht nur auf die elektronische Mail beschränkt. Gerade im Bereich E-Government sind zahlreiche Aktivitäten von den Kommunen und dem Bund und im

Bereich E-Voting vom LDS gestartet worden. Die genannten Arbeitsgruppen des KoopA ADV haben hier die Aufgabe weitere Koordinationen zu übernehmen, um Insellösungen zu vermeiden und interoperable Lösungen zu ermöglichen. Ziel ist z.B., dass Smart-Cards (Signaturkarten) verfahrensübergreifend vom Mitarbeiter/Bürger eingesetzt werden können, der Mitarbeiter mit seiner zukünftig persönlichen Signaturkarte seine E-Mail signieren und auch wählen kann.

Für weitere Auskünfte steht Herr Lamla, Tel. 0331-39707 im LDS zur Verfügung.

Armin Lamla

Texten wie ein Profi

Hans-Peter Förster
Frankfurt am Main:
F.A.Z.-Institut für
Management-,
Markt- und
Medien-
informationen
GmbH 2000,
280 Seiten,
Paperback
ISBN 3-927282-90-1
Preis: 49,80 DM



Das F.A.Z.-Institut mit seinem Fachverlag für Internet, Unternehmensführung, Public Relations, Marketing und Journalismus bietet eine große Palette interessanter Bücher zu ausgewählten Themen aus dem Management- und Kommunikationsbereich. Verschiedene Autoren wenden sich sowohl an spezielle Zielgruppen der Fach- und Führungsebenen, wie auch an den interessierten Laien. Alle Bücher zeichnen sich durch hohe Professionalität, Praxisorientiertheit und kompakte inhaltliche Gestaltung aus.

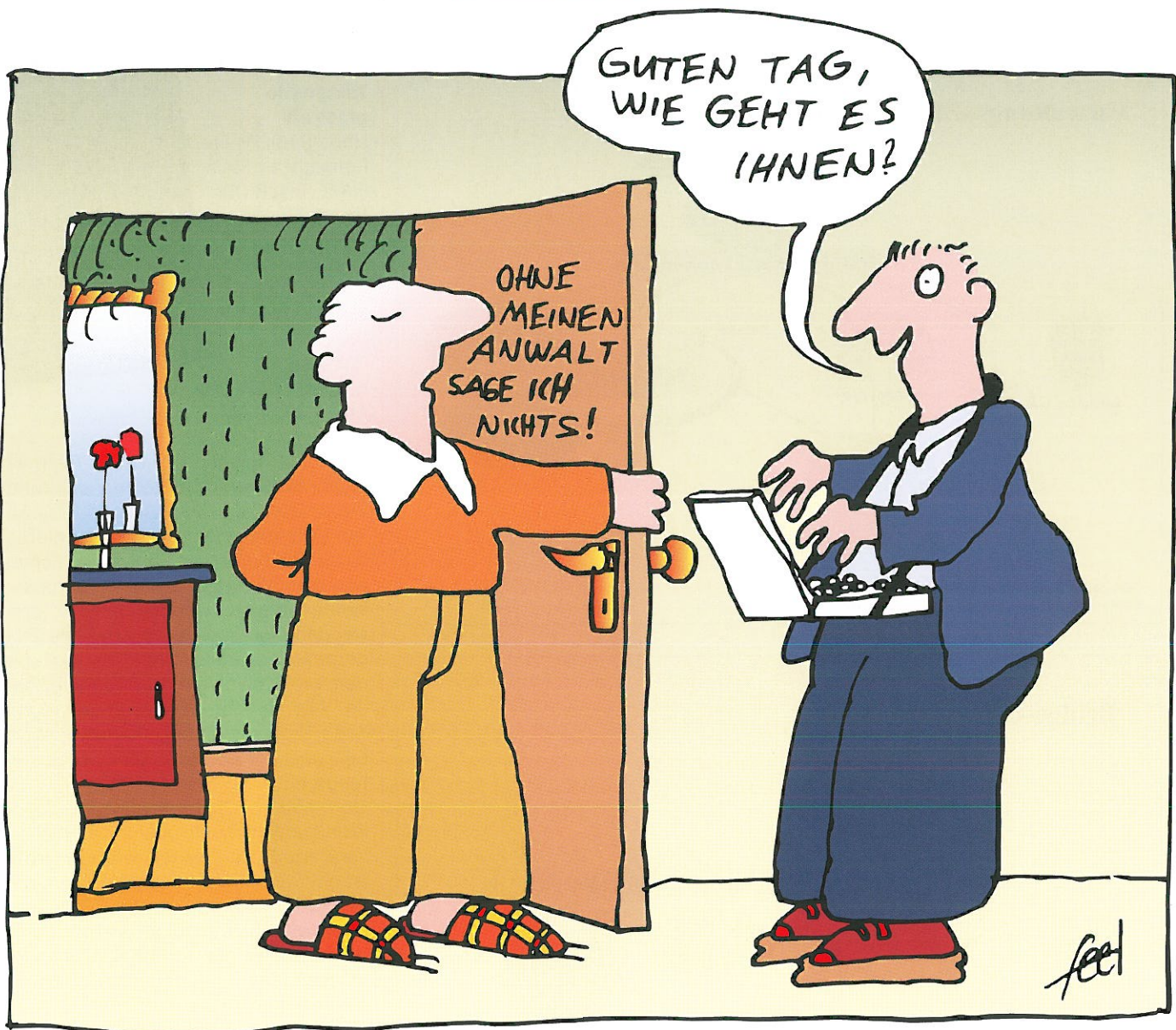
Ob 5-Minuten-Text oder überzeugende Kommunikationsstrategie, das hier rezensierte Buch „Texten wie ein Profi“ ist ein Buch im handlichen Paperback-Format für Könner, Kommunikationsprofis wie auch für Einsteiger und solche die den Kopf für die Textinhalte hinhalten müssen. Die 1. Auflage war nach nur einem Monat restlos vergriffen!

„Der Autor zeigt nicht nur, wie man Worte werbewirksam zusammensetzt. Sein Buch hilft auch, das treffende Wort für die angezeigte Zielgruppe zu finden! An Ideen und Materialien ist in 'Texten wie ein Profi' kein Mangel.“ (DIE ZEIT)

Egal in welchem Arbeitsbereich, immer wieder wird verlangt, einen mehr oder weniger langen Text mit verständlichen Worten und Sätzen zu formulieren. Nicht nur im PR-Bereich, auch in den betrieblichen Fachbereichen wird dies oft gefordert und nicht jedes Unternehmen hat Kommunikationsspezialisten an seiner Seite, denen man solche Aufgaben übertragen kann.

Das Handbuch von Hans-Peter Förster bietet Textideen Schlag auf Schlag, Anleitungen und Tipps für Anzeigentexte, Broschüren und Mailings und einen Kompass zur Ausrichtung der Texte nach Zielgruppen. Ein eigenes Wörterbuch mit über 5000 Wort-Ideen zum Nachschlagen und für diejenigen, denen manchmal die Ideen ausgehen.

Fritz W. Ebert



10 Jahre Mikrozensus im Land Brandenburg: Mit Laptop und Brennnesseltee

Dieser Artikel ist all den Interviewern gewidmet, die mit ihrer Arbeit jedes Jahr den Mikrozensus in Brandenburg durchführen bzw. ihn erst ermöglichen. Seit nunmehr zehn Jahren wird auf der Grundlage der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen auch in Brandenburg der Mikrozensus als größte jährlich durchzuführenden Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Die Konzeption beruht auf einer Haushaltsbefragung auf Basis einer Stichprobenerhebung für ein Prozent der Bevöl-

kerung und für die Kernmerkmale besteht Auskunftspflicht.

In den ersten Jahren fiel diese neue Art der Datenerhebung in eine Periode gewaltiger Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen und neuer Wertvorstellungen, in der das Verständnis und die Notwendigkeit für eine derartige Erhebung erst entwickelt werden mussten. Zu einer Zeit, da individuelle Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen einen neuen Inhalt erfuhren, war es anfänglich schwer, solche Grundsätze wie „Auskunftspflicht“, „staatliches

Recht auf Information“ und „gesetzlich sanktionierte Maßnahmen“ zu deren Durchsetzung nachhaltig und überzeugend zu vermitteln.

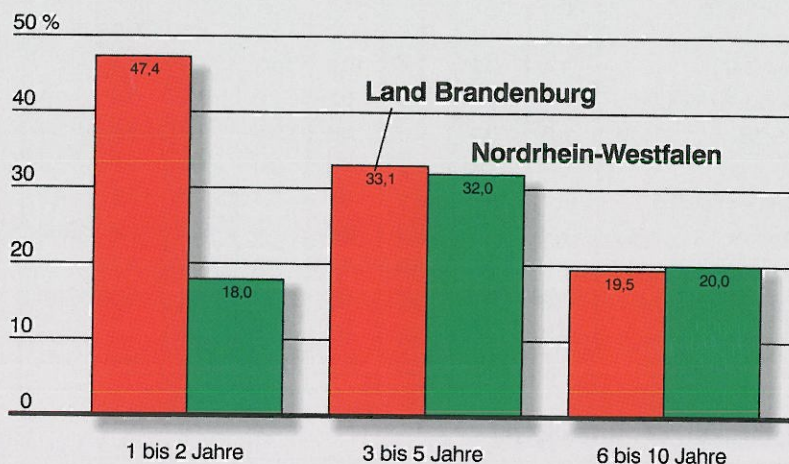
Interviewergewinnung

In Brandenburg bestand 1991 die Notwendigkeit, aus dem Nichts heraus ca. 250 Interviewer für eine Befragung zu gewinnen, deren Umfang, Probleme und Eigenheiten nicht einmal den werbenden und mit der Organisation betrauten

Mitarbeitern im neu gegründeten Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) bewusst waren. Es war wohl eher die Unbekümmertheit und das unvorbelastete Vorgehen, die im ersten Jahr der Erhebung in relativ kurzer Zeit zu dem Ergebnis führten, dass sich ca. 300 Personen für den Mikrozensus bereit erklärten. Mit Plakat ähnlichen Anschlägen in Verwaltungen, Ämtern und anderen Einrichtungen, was heute für eine amtliche Einrichtung kaum noch möglich wäre, mit noch heute praktizierten Pressemitteilungen und Anschreiben an örtliche Verwaltungen, wurde die erste Erhebung dieser Art in die Wege geleitet.

Heute, nach zehn Jahren Mikrozensus, haben Routine und Professionalität der verantwortlichen Mitarbeiter die spontane und unorthodoxe Herangehensweise ersetzt. Mittlerweile hat sich der jährliche Interviewerbedarf auf ca. 200 eingepegelt. Natürlich besteht unser Interesse darin, einen Interviewer langfristig an uns zu binden und damit eine hohe Qualität und Professionalität der Interviews zu erzielen.

Verweildauer der Interviewer im Mikrozensus



rück zu führen und wird durch die erklärte Absicht geeigneter Interviewer verstärkt, die mehr Auswahlbezirke befragen wollen. In den Folgejahren verblieben stets um die 80 Prozent der Interviewer.

in den alten Bundesländern ist auf Grund relativ konstanter sozialer und ökonomischer Verhältnisse sowohl der Haushalte als auch der Interviewer völlig anders. Die hohen Qualitätsmaßstäbe in Brandenburg und die ständig ausreichende Anzahl an interessierten Interviewern führen besonders nach dem ersten Interviewerjahr zu einer auch in diesem Umfang gewollten Auswahl.

Interviewergewinnung 1991 bis 2000

Anzahl der Interviewer	Jahr der Gewinnung der Interviewer										Gesamtergebnis
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	
1991	248										248
1992	159	64									223
1993	130	46	32								208
1994	102	38	23	38							201
1995	90	32	22	28	26						198
1996	73	29	16	24	14	47					203
1997	64	24	15	20	9	33	37				202
1998	55	21	12	17	11	27	23	49			215
1999	49	16	10	11	9	26	13	26	46		206
2000	38	13	8	7	6	24	10	18	24	32	180

Dass dies aus vielfältigen Gründen, sowohl seitens der Interviewer als auch durch hohe Ansprüche an deren Eignung unsererseits, nicht immer gewährleistet werden kann, liegt auf der Hand. Nachfolgende Übersicht vermittelt einen Eindruck von der jährlich notwendigen Interviewergewinnung. Aus dem Anfangsjahr 1991 sind von ursprünglich 248 gestarteten nur noch 38 Interviewer (15,3 Prozent) dabei. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Die hohe Ausfallrate zwischen dem ersten und zweiten Jahr ist eindeutig auf eine radikale Auswahl unsererseits zu-

wer. Von den Neuerwerbungen schieden ein Drittel auf Grund fehlender Eignung aus, während später die Mehrzahl persönliche Gründe angaben, die der Rangfolge nach sind:

- berufliche Neuorientierung
- Schwierigkeiten des Interviewers im Haushalt
- Alter
- gesundheitliche Probleme

Aus den oben genannten Gründen war die Verweildauer der Interviewer im Mikrozensus nicht sehr hoch. Die Situation

Soziale Struktur der Interviewer

Zu Beginn der Interviewergewinnung 1991 wurden teils aus zeitlichen, teils aus pragmatischen Gründen Mitarbeiter des Landesamtes als Interviewer geworben. In den folgenden Jahren hat sich deren Zahl ständig reduziert, so dass gegenwärtig nur noch 6,7 Prozent der Interviewer Angestellte des Hauses sind. 1991 waren es immerhin noch 22 Prozent.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die soziale Struktur der Erhebungsbeauftragten. Den überwiegenden Teil stellen dennoch Angestellte aus der öffentlichen Verwaltung. Eine Besonderheit, die in den neuen Bundesländern weitaus stärker ausgeprägt ist als in den alten, ist der hohe Anteil älterer Interviewer. Es sind nicht ausschließlich finanzielle Aspekte, die gerade ältere Bürger dazu bewegt, Interviewer zu werden. Auch das Gefühl, noch im fortgeschrittenen Alter gebraucht zu werden und nützlich zu sein, stellt zumindest in Branden-

Soziale Struktur der Interviewer

Arbeitsverhältnis	1991	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Prozent								
1. Angestellter	64,4	42,5	38,5	34,8	36,0	32,6	37,8	36,7	35,8
2. Arbeiter	1,4	1,4	0,5	0,0	1,0	1,0	0,5	1,0	4,1
3. Beamter	1,4	6,3	7,4	10,2	10,3	12,0	10,3	11,7	9,3
4. Selbst.,Freiberufler	0,5	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	1,4	1,6
5. arbeitslos	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,4	2,1
6. Hausfrau	0,9	2,4	3,0	4,0	3,0	2,6	2,7	1,9	1,0
7. Schüler, Lehrling	18,7	15,5	2,5	3,0	5,4	7,3	3,2	9,2	3,1
8. Student	5,4	11,1	19,8	18,8	17,6	19,9	17,4	21,8	35,2
9. Vorruhestand	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,5	1,1	1,9	0,5
10. Inval. Rentner	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	1,6
11. Rentner	1,4	1,0	2,5	2,5	1,0	1,0	1,1	1,9	0,5
12. ohne Angabe	5,0	19,3	24,3	24,2	22,7	21,1	24,9	11,1	5,2

Altersstruktur der Interviewer

Alter	1991	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
unter 20 Jahre	1	–	–	1	–	3	–	–	–
20–40	72	35	32	34	34	26	22	33	29
41–60	131	130	120	105	108	94	83	102	91
61 und älter	18	42	50	58	61	68	80	72	73

burgeneine nicht zu unterschätzende Motivation dar. Ausdruck dafür ist unter anderem ein sehr hoher Anteil promovierter ehemaliger Hochschullehrer unter den Interviewern, die ausdrücklich auch die geistige Beanspruchung, die eine gute Interviewertätigkeit mit sich bringt, nicht missen wollen.

Mehr als 70 Prozent der im Jahr 2000 eingesetzten Interviewer waren entweder im Angestelltenverhältnis oder Rent-

ner. Hierin unterscheiden sich die Interviewer in Brandenburg deutlich von denen in den alten Bundesländern. Der dort vielfach genutzte Einsatz von Schülern, Studenten und Hausfrauen (NRW z.B. ca. 19 Prozent) wird in Brandenburg nicht favorisiert. Es hat sich herausgestellt, dass deren Zuverlässigkeit doch nicht so gut ist, wie es vor allem Angestellte und ältere Bürger immer wieder unter Beweis stellen (s. Tabelle oben).

Altersstruktur der Interviewer

Bei den Interviewern in Brandenburg war in den Jahren 1991 bis 2000 die Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen am stärksten besetzt. Im Jahr 2000 waren 65,3 Prozent älter als 55. In NRW dagegen waren 1998 45 Prozent zwischen 40 bis 59 Jahre alt und 44 Prozent zwischen 20 bis 40. Im Jahre 2000 betrug der Anteil der 20- bis 40-Jährigen in Brandenburg gerade einmal 17,1 Prozent.

Die Qualität der brandenburgischen Ergebnisse befindet sich von Jahr zu Jahr konstant auf sehr hohem Niveau. Sie ist also in diesem Geschäft, wie in vielen anderen Bereichen auch, keinesfalls eine Frage des Alters, sondern eine Frage der Einstellung und des Engagements.

Das Durchschnittsalter stieg von anfänglich 46 Jahren in den vergangenen zehn Jahren auf 54 Jahre (s. Tab.links).

Schulung der Interviewer und Kontrolle der Qualität

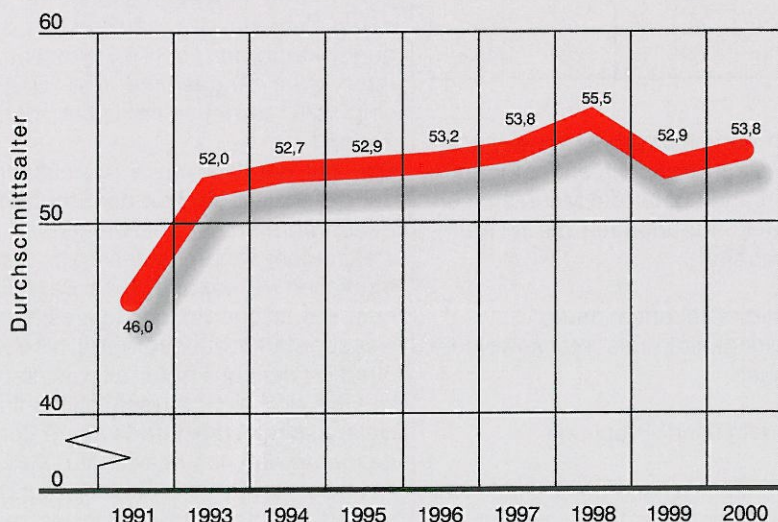
Seit 1991 werden unsere Interviewer jedes Jahr in einer Ganztagschulung in ihre Aufgaben und Befugnisse eingewiesen. Dabei ist es generelles Prinzip, dass auch langjährige Interviewer jedes Jahr neu geschult werden. Eine Schulung dauert in der Regel fünf bis sechs Stunden und wird mit maximal zehn Personen durchgeführt. Diese Form der kleinen Gruppenschulung hat sich als die effektivste erwiesen, bedeutet aber, dass in einem Zeitraum von ca. zwei Wochen im April jeden Jahres bis zu 20 Schulungen stattfinden.

Darüber hinaus können sich die Interviewer während der gesamten Erhebungsphase auf eine umfassende Betreuung durch unsere Mitarbeiter verlassen und nutzen Konsultationen.

Da die Schulungen nur von Montag bis Freitag stattfinden, wird es für im Beruf stehende Interviewer zunehmend schwieriger, an den Schulungen teilzunehmen. Besonders deutlich ist dies bei Beschäftigten in der freien Wirtschaft. Überlegungen und Vorschläge zu Verschiebungen auf das Wochenende (Sonntagabend) werden bereits im Zusammenwirken mit den Interviewern geprüft.

Neue Erhebungsmethoden und -Instrumente

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Art der Erhebung verändert. Sie musste Schritt halten mit den gesell-

Durchschnittsalter der Interviewer im Mikrozensus


Befragung mittels Laptop

Merkmal	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Anzahl der Auswahlbezirke	130	144	233	263	278	387
Haushalte	826	995	1601	1658	1863	2596
– befragt	776	934	1463	1515	1703	2567
– kein Interview	50	61	138	143	152	308
Geräte	10	15	15	18	20	28
Interviewer	14	17	21	22	24	29
– Übertragung per GroupWise	–	–	2	10	8	28
Haushalte je Interviewer	59	59	76	85	77	90

schaftlichen Veränderungen und sich den neuen Bedingungen anpassen, in dem sowohl Verfahren als auch Methoden der Datengewinnung modernisiert und weiterentwickelt wurden. Im Mikrozensus, der als reine Erhebung mit Erhebungsbogen und Bleistift begann, werden mittlerweile seit 1995 moderne Laptops bei der Befragung eingesetzt. Mit kurzfristig austauschbaren Erhebungsmodule kann schnell und zeitnah auf gesellschaftliche Erfordernisse reagiert werden.

Die Werbung der Interviewer geht seit dieser Zeit einher mit der Frage nach der Bereitschaft, dieses Erhebungsinstrument auf freiwilliger Basis einzusetzen. Die Resonanz bei den Interviewern war und ist enorm hoch. Über alle Altersgruppen hinweg, quer durch alle Berufe zieht sich das Interesse an einer Laptop-erhebung.

Sowohl die Technik als auch

- die praktische Filterführung, die je nach Beantwortung einer übergeordneten Frage die untergeordneten Fragen eingeblendet lässt oder überspringt,
 - einschließlich der eingebauten Plausibilitätskontrollen,
 - die leichte Handhabung und
 - die innovative Erhebungsmethode
- sind überzeugende Argumente für die ständig wachsende „Fan-Gemeinde“ der Laptopinterviewer. Längst reicht die Anzahl der Geräte nicht mehr aus, um alle diesbezüglichen Wünsche zu erfüllen.

Seit 1998 werden die Interviewer in die Lage versetzt, ihre Interviews mittels Modem und Datenfernübertragung direkt an den LDS zu senden. Damit wurde ein neuer Schritt moderner Kommunikation im Befragungsgeschäft eingeleitet. Für die Zukunft ist ein Ausbau dieser Methode bis hin zur vollständigen Laptop-Befragung für alle Interviewer vorgesehen. Dabei soll der Informationsfluss nicht nur vom Interviewer zum LDS sondern auch in entgegengesetzter Richtung forciert werden.

Laptop-Interviewer im Mikrozensus

Gegenwärtig werden etwa 22 Prozent aller Brandenburger Haushalte durch Interviewer befragt, die mit modernen Laptops ausgerüstet sind. Damit ist Brandenburg im Bundesmaßstab der Statistischen Landesämter führend. Obenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Laptopeinsatzes seit Einführung im Jahr 1995.

Da die Stichprobe bereits 1990 gezogen wurde und jedes Jahr nur um die Neubauswahl ergänzt wird, ist die Anzahl der Auswahlbezirke (AWB) nahezu konstant bei ca. 1600 geblieben. Jeder AWB hat durchschnittlich sieben Haushalte. Die durchschnittliche Anzahl der Haushalte pro „Bogen-Interviewer“ beträgt 50.

Interviewer und Haushalte

Seit 1991 haben die Interviewer des Mikrozensus ca. 40000 verschiedene Haushalte aufgesucht und dabei 896899km zurückgelegt. Das entspricht in etwa der dreifachen Strecke Erde–Mond.

Annähernd 4000 Haushalte nutzten die Möglichkeit der schriftlichen Beantwortung.

Die große Mehrheit der interviewten Haushalte haben sowohl Bereitschaft, Verständnis für die Interessen des Staates, als auch Höflichkeit und Vertrauen gegenüber den Interviewern gezeigt.

Dass die Interviewer im Mikrozensus von Jahr zu Jahr neben den guten auch weniger gute Erlebnisse mit einigen wenigen Haushalten zu verzeichnen haben, ist bei der Vielfalt der persönlichen Probleme, den verschiedensten negativen Einflüssen und Erfahrungen, die auf die Haushalte einwirken, nur allzu verständlich. Die Interviewer spüren deutlich jegliche gesellschaftliche Veränderung, sei es im positiven wie im negativen als Aus-

druck des Antwortverhaltens der Haushalte.

Dass es mitunter doch recht skurrile und ausgesprochen erfinderische Begebenheiten mit Haushalten gibt, die sich bemühen, nicht antworten zu müssen, zeigt sich jedes Jahr aufs Neue. Dabei entbehrt manche Situation nicht einer gewissen Komik.

So antwortete ein Bürger, kein Formular einer Behörde mehr ausfüllen zu wollen, bis nicht seine, bereits vor Monaten eingereichte Baugenehmigung, endlich auch von den Behörden bearbeitet wird. Der Verwaltungsakt im LDS mit Mahnung etc. zog sich doch mehrere Monate hin, letztendlich antwortete der Bürger. Wahrscheinlich war auch inzwischen seine Baugenehmigung eingetroffen.

Ein Befragter gab nach dem Besuch eines Interviewers u. a. folgende schriftliche Erklärung ab: „Viele Ihrer Fragen beziehen sich auf bestimmte Monate und Jahre. Wir lehnen in unserer Kommune die Zeit grundsätzlich ab. Insofern kann ich Ihnen nicht sagen, was im April oder Mai oder sonst wann war. Wir führen auch keine Bücher, da wir auch Bücher ablehnen. Ich könnte Ihnen sagen, was ich morgen vorhabe. Da werde ich Tomaten ernten. Aber in vier Wochen habe ich das mit Sicherheit vergessen.... Ich will auch wahrheitsgemäß antworten. Die Wahrheit ist für uns allumfassend. Wir finden sie in Blumen und Bäumen und sie erstrahlt jeden Tag wieder aufs neue. Sofern sie weitere Fragen haben, zögern Sie nicht, sich bei uns zu melden. Wir laden Sie auch gern zu einer Tasse Brennnesseltee ein.“

Anbei war eine Rechnung über das Ausfüllen des Bogens in Höhe von 1740,00 DM (einschl. MwSt.). Der Haushalt hat schließlich geantwortet, ohne den Befragter halten zu haben.

Dies sind jedoch relativ harmlose Reaktionen oder Anmerkungen. Die Interviewer vor Ort haben es oft schwerer, als es die bescheidene Aufwandsentschädigung auch nur halbwegs kompensiert. Interviewer müssen daher auch eine gehörige Portion „Dickfelligkeit“ und Langmut besitzen. Die Ergebnisse der vergangenen zehn Jahre zeigen trotz aller Widrigkeiten, dass es ihnen immer wieder gelingt, mit Ruhe, Sachlichkeit und Freundlichkeit, mit Geschick und persönlichem Engagement die Qualität und Quantität zu erreichen, die den Mikrozensus seit seinem Bestehen in Brandenburg zu einem unverzichtbaren Instrument statistischer Berichterstattung gemacht hat. Dafür unser Dank.

Peter Kuchta

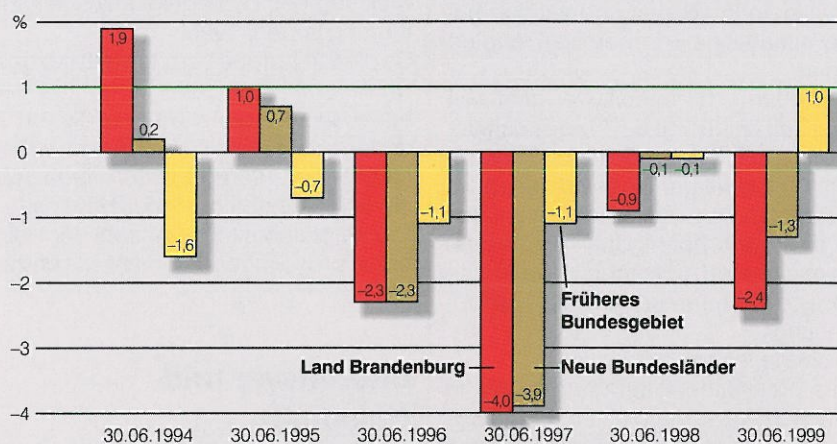
Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Brandenburg

Am 30. Juni 1999 waren im Land Brandenburg 826 873 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit war etwa jeder dritte Einwohner Brandenburgs als sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer gemeldet. Bezogen auf die Erwerbspersonen betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999 ca. 58 Prozent.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reduzierte sich im Land Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr um 20 255 Personen, d.h. um 2,4 Prozent. Der Rückgang war höher als im Jahr zuvor (-0,9 Prozent) und übertraf um 1,1 Prozentpunkte den durchschnittlichen Verlust in der Beschäftigtenzahl in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost). Im früheren Bundesgebiet wurde 1999 dagegen ein einprozentiger Zuwachs der Beschäftigtenzahl registriert.

Während im Zeitraum 1993 bis 1995 jährlich zur Jahresmitte ein Zuwachs der Beschäftigtenanzahl im Land Brandenburg zu verzeichnen war, sank seit Mitte 1996 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jährlich. Damit setzte sich auch 1999 der anhaltende Beschäftigungsrückgang weiter fort. Zum 30. Juni 1999 erreichte die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer den seit 1993 niedrigsten Stand. Der Beschäftigungsverlust im Land Brandenburg verläuft seit 1996 im Vergleich zu den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost annähernd gleich. Gegenüber den jährlichen Verlusten in den Beschäftigtenzahlen im früheren Bundesgebiet weisen diese im Land Brandenburg weitaus höhere negative Werte aus.

Jährliche Zu- und Abnahme (-) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Brandenburgs gegenüber dem Vorjahr im Vergleich zu den Neuen Bundesländern und zum früheren Bundesgebiet

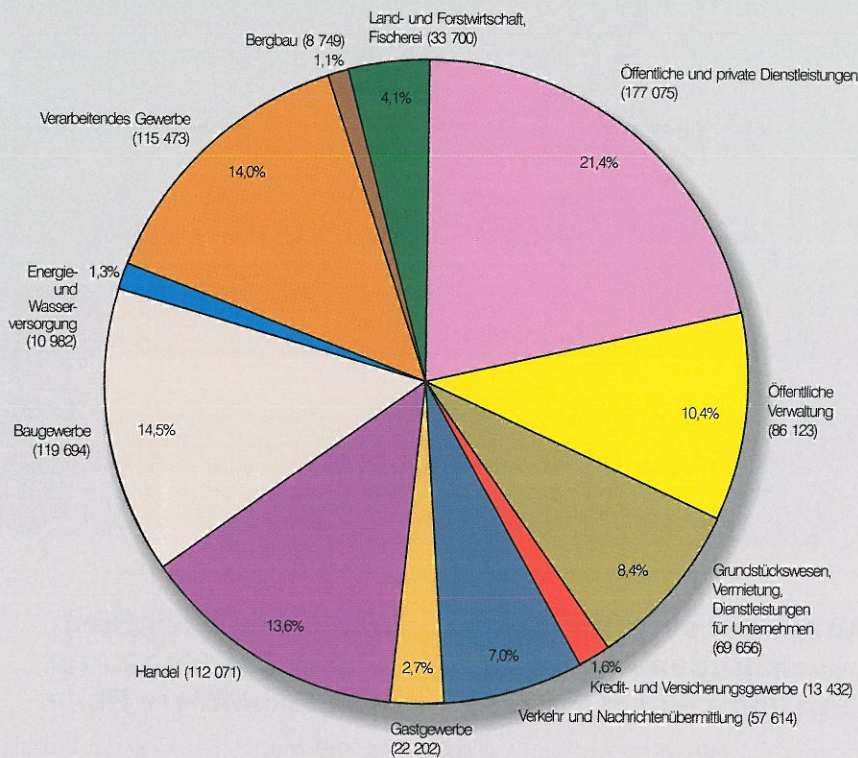


Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Zu diesem Personenkreis gehören: Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, sofern es sich bei ihrer Erwerbstätigkeit nicht um eine sog. geringfügige selbstständige Tätigkeit handelt.

Die **Erwerbspersonen** setzen sich zusammen aus den *Erwerbstätigen* und den *Erwerbslosen*.

Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Zu den Erwerbstätigen zählen auch Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben. Zu den *Erwerbslosen* zählen die Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Brandenburgs am 30. Juni 1999 nach Wirtschaftsabschnitten und -bereichen



Größter Arbeitgeber ist Baugewerbe

Der größte Arbeitgeber für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Land Brandenburg war das Baugewerbe. Am 30. Juni 1999 waren 119 694 Personen im Baugewerbe beschäftigt. Das machte 14,5 Prozent aller Beschäftigten im Land Brandenburg aus. Rund 98 Prozent der Arbeitnehmer im Baugewerbe waren vollzeitbeschäftigt.

Glatte 14 Prozent der Beschäftigten Brandenburgs waren zum 30. Juni 1999 im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern waren 13,6 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt. Der viertgrößte Anbieter der Arbeitsplätze für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer war der Wirtschaftsabschnitt öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. In diesem Wirtschaftsabschnitt waren am 30. Juni 1999 ca. 10,4 Prozent der Arbeitnehmer Brandenburgs beschäftigt. Der zusammengefasste Wirtschaftsbereich öffent-

liche und private Dienstleistungen, der aus den Wirtschaftsabschnitten Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen sowie private Haushalte besteht, bot 1999 für 21,4 Prozent der Sozialversicherungspflichtigen Brandenburgs eine Beschäftigung.

Mehr Männer als Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt

440 724 Männer im erwerbsfähigen Alter gingen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Somit waren 34,5 Prozent der männlichen Bevölkerung im Land Brandenburg sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Anteil der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den männlichen Erwerbspersonen betrug ca. 59 Prozent.

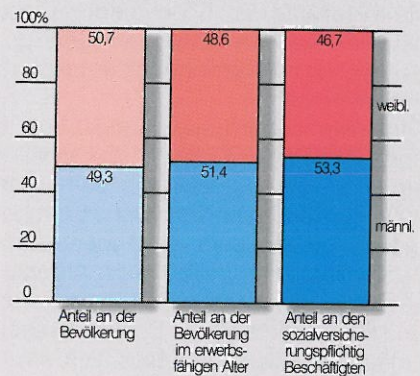
Im prozentualen Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führten die Männer mit 53,3 Prozent. Frauen stellten am 30. Juni 1999 komplementär 46,7

Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer dar.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der weiblichen Bevölkerung im Land Brandenburg ist mit 29,4 Prozent um 5,1 Prozentpunkte geringer als der der männlichen Bevölkerung. Am 30. Juni 1999 waren 386 149 weibliche Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Etwa 57 Prozent der weiblichen Erwerbspersonen übten Mitte 1999 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus.

Beschäftigung, Erwerbsfähigkeit und Bevölkerung

am 30.06.1999 im geschlechtsspezifischen Vergleich nach Anteilen



Baugewerbe ist durch männliche Beschäftigung geprägt

Typisch für vorwiegend männliche Beschäftigung ist das Baugewerbe. Im Land Brandenburg waren von 119 694 Beschäftigten im Baugewerbe am 30. Juni 1999 über 89 Prozent Männer. Auch im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden überwogen mit einem Anteil von 76 Prozent sowie im Verarbeitenden Gewerbe und in der Energie- und Wasserwirtschaft mit einem Anteil von jeweils 69 Prozent und in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit einem Anteil von 66 Prozent männliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Dagegen waren Frauen im Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der öffentlichen Verwaltung sowie in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen in einer deutlichen Überzahl zu Männern sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Insgesamt 65,6 Prozent der Beschäftigten in diesen Wirtschaftsabschnitten und -bereichen waren Frauen.

Etwas mehr Arbeiter als Angestellte

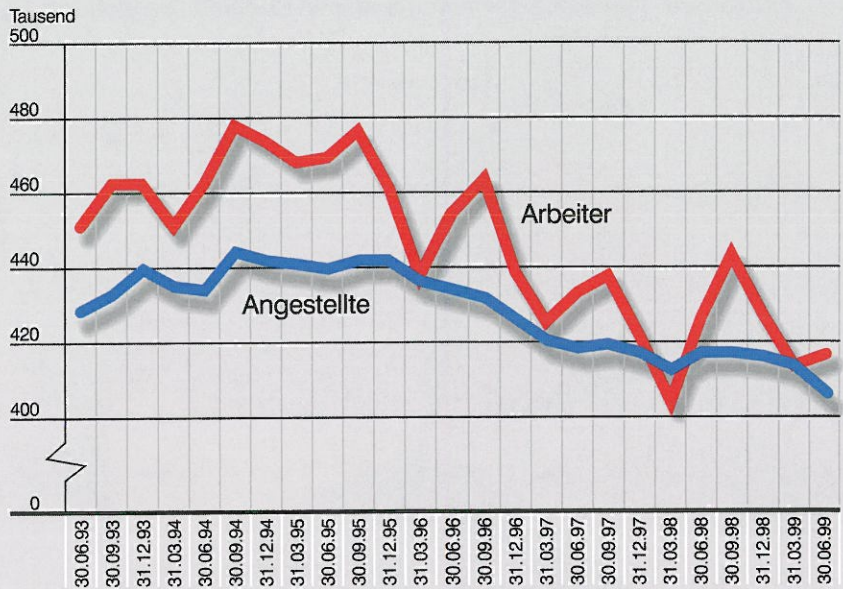
Knapp über die Hälfte (50,5 Prozent) der Beschäftigten im Land Brandenburg waren am 30. Juni 1999 als **Arbeiter** tätig. Deren Anteil ist mit 0,1 Prozentpunkten sehr gering gegenüber dem Vorjahreswert angestiegen. Absolut gesehen verringerte sich jedoch die Anzahl der Arbeiter im Vergleich zum Vorjahr um 9234 Personen bzw. um 2,2 Prozent. Seit Juni 1996 sinkt die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiter. Am 30. Juni 1999 erreichte sie den seit Juni 1993 geringsten Halbjahresstand. Der Zahl von 417744 Arbeitern standen am 30. Juni 1999 409129 **Angestellte** (49,5 Prozent der Beschäftigten) gegenüber. Auch deren Anzahl ging gegenüber dem Vorjahr zurück (Rückgang von 2,6 Prozent).

Allgemein ist der Entwicklungstrend in der Beschäftigung sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten seit Ende 1995 rückläufig. Im Vergleich zur abgeglätteten Trendkurve der Angestelltenzahl verläuft der Rückgang der Arbeiterzahl mit erheblichen konjunkturellen und saisonbedingten Schwankungen um die Trendlinie, hauptsächlich verursacht durch das Baugewerbe.

Die Beschäftigung als Arbeiter blieb zum überwiegenden Teil Männern vorbehalten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter betrug 74,6 Prozent. Lediglich 25,4 Prozent der Arbeiter waren Frauen. Umgekehrt sieht das Verhältnis unter Angestellten aus: 68,5 Prozent aller Angestellten waren Frauen.

100485 Arbeiter bzw. 84 Prozent der Beschäftigten im Baugewerbe waren als Arbeiter beschäftigt. Im Verarbeitenden Gewerbe waren 69,5 Prozent der Beschäftigten Arbeiter. In Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe führten dagegen Angestellte mit dem Anteil von 99 Prozent, genauso wie im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern mit ca. 64 Prozent. 380118 Arbeiter gingen am 30. Juni 1999 einer Vollzeitbeschäftigung nach. Das sind 91 Prozent aller männlichen und weiblichen Arbeiter. Nur neun Prozent aller Arbeiter waren als Teilzeitbeschäftigte eingestellt. Auch unter Angestellten dominierte das Vollzeitbeschäftigungsverhältnis. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Angestellten betrug ca. 83 Prozent. Insgesamt waren zum Stichtag am 30. Juni 1999 rund 87 Prozent der Beschäftigten im Land Brandenburg vollzeitbeschäftigt.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte im Zeitraum 1993 bis 1999



Anteil der sv-pflichtig beschäftigten Ausländer liegt unter einem Prozent

Im Land Brandenburg sind nur wenige Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Am 30. Juni 1999 waren es landesweit nur 0,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Die Anzahl der ausländischen Beschäftigten stieg gegenüber dem Vorjahr landesweit um 2,5 Prozent an. Der Anteil der Ausländer an den männlichen Beschäftigten betrug 1,2 Prozent, der Anteil der Ausländerinnen an den weiblichen Beschäftigten 0,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr sind die Anteile annähernd gleich geblieben. Knapp drei Viertel aller ausländischen Beschäftigten im Land Brandenburg waren Männer. Die Ausländerbeschäftigtenquote (Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) betrug im Gastgewerbe 5,6 Prozent, im Verarbeitenden Gewerbe 1,2 Prozent und im Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistung für Unternehmen 1,1 Prozent.

Rund 68 Prozent der ausländischen Beschäftigten sind 1999 einer Tätigkeit als Arbeiter nachgegangen. Im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg wurden höhere Anteile der ausländischen Arbeiter und Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten als im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs registriert.

Drei Viertel der Arbeitnehmer Brandenburgs besitzen mittlere Reife

Fast drei Viertel (610979) der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Brandenburgs besaßen zum Stichtag einen Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss oder konnten gleichwertige Schulbildung mit mittlerer Reife nachweisen. Dabei überwog der Anteil der Männer mit 52,8 Prozent. Rund 64 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch diesen Abschluss besaßen mit 52 Prozent etwas mehr Männer.

3,6 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Land Brandenburg besaßen zum Stichtag allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur) ohne einen weiteren Abschluss. Hier kehrte sich die Relation zwischen dem männlichen und dem weiblichen Geschlecht um. Der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit Abitur betrug 58,8 Prozent. Ein Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung hatten 2,8 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Tasche. 59 Prozent davon waren Frauen.

Der Anteil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit einem Fachhochschulabschluss, einschließlich Ingenieurschulen, betrug nur 3,6 Prozent.

Auch hier überwog mit 50,3 Prozent knapp der Anteil der Frauen.

5,5 Prozent der Brandenburger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen waren im Besitz eines wissenschaftlichen Hochschulabschlusses, einschließlich Lehrerausbildung. Unter den Hochschulabsolventen führte das männliche Geschlecht (56,8 Prozent).

Weniger Auszubildende

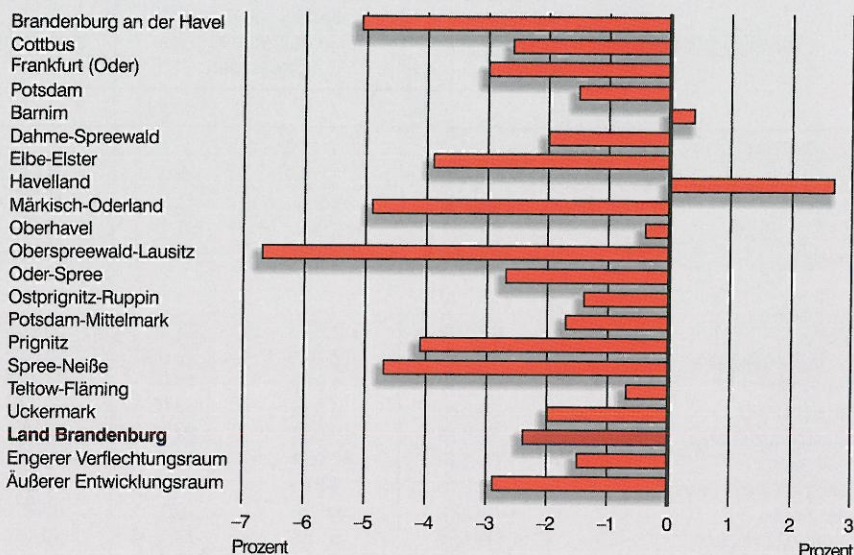
In einem Ausbildungsverhältnis waren am 30. Juni 1999 insgesamt 54 116 Personen. Das waren 914 Auszubildende weniger als im Vorjahr. Es befanden sich mehr männliche (32 310) als weibliche Personen (21 806) in einem Ausbildungsverhältnis. Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Brandenburgs betrug am 30. Juni 1999 6,5 Prozent. Die Ausbildungsquote (Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten) blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Dabei lag die geschlechtsspezifische Ausbildungsquote der Männer mit 7,3 Prozent um 1,7 Prozentpunkte höher als die der Frauen. Die Relation hat sich gegenüber dem Halbjahr 1998 nicht verändert.

Auszubildende waren in allen Wirtschaftsbereichen beschäftigt, insbesondere in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie im Produzierenden Gewerbe, im Handel, in der öffentlichen Verwaltung und im Grundstückswesen, Vermietung sowie Dienstleistungen für Unternehmen. Der Anteil der Auszubildenden bewegte sich innerhalb der einzelnen Wirtschaftsabschnitte und -bereiche zwischen 2,4 Prozent in der öffentlichen Verwaltung und 10,7 Prozent im Bergbau sowie elf Prozent bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen.

Nur im Havelland und Barnim nahm die Zahl der Beschäftigten zu

In regionaler Betrachtung führte in der absoluten Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. Juni 1999, wie auch im Vorjahr, die kreisfreie Stadt Potsdam mit 67 050 Beschäftigten. Im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde die landesweitgrößte Zahl von 62 245 Personen beschäftigt. Im Landkreis Oder-Spree boten Arbeitgeber für 55 520 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitsplätze. Die Beschäftigtenzahl reduzierte sich aber in diesen führenden Verwaltungsbezirken. So sank die Beschäftigtenzahl ge-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30. Juni 1999. Veränderung gegenüber dem Vorjahr



genüber dem Vorjahr im Landkreis Oder-Spree um 2,7 Prozent, im Landkreis Potsdam-Mittelmark um 1,7 Prozent und in der kreisfreien Stadt Potsdam um 1,5 Prozent.

Der größte Rückgang der Beschäftigtenzahl zum Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahr wurde mit 6,7 Prozent im Landkreis Oberspreewald-Lausitz registriert. Dieser wurde jedoch zum Teil durch einen 1,5-prozentigen Rückgang der Bevölkerung des Landkreises gegenüber dem Vorjahr beeinflusst. In der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel wurde ein Rückgang der Beschäftigtenzahl von 5,1 Prozent verzeichnet, verursacht u. a. durch das Schrumpfen der Bevölkerungszahl in der Stadt gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent. Im Landkreis Märkisch-Oderland sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um 4,9 Prozent.

Nur zwei Landkreise bildeten eine Ausnahme: Im Landkreis Havelland stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent an. Im Landkreis Barnim wurde ein leichter Beschäftigungszuwachs von 0,4 Prozent registriert.

Pendlerströme aus Brandenburg haben zugenommen

Am 30. Juni 1999 verzeichnete das Land Brandenburg einen Auspendlerüber-

schuss (negativer Pendlersaldo) von 88 224 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das bedeutet, dass mehr Beschäftigte aus dem Land Brandenburg in die anderen Bundesländer zur Arbeit pendelten als Beschäftigte aus diesen Bundesländern im Land Brandenburg tätig waren. Insgesamt pendelten 88 878 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus anderen Bundesländern in das Land Brandenburg. Umgekehrt pendelten 177 102 Brandenburgerinnen und Brandenburger zur Arbeit in die übrigen Bundesländer.

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen haben die Pendlerströme im Land Brandenburg von Juni 1998 bis Juni 1999 zugenommen. Der Anstieg der Zahl der Auspendler aus Brandenburg in andere Länder betrug rund fünf Prozent. Die Zahl der Einpendler nahm um 1,5 Prozent zu. Die Anzahl der Auspendler aus dem engeren Verflechtungsraum Brandenburgs ist gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Prozent gewachsen.

Größte Pendlerbewegung mit Berlin

Rund 123 120 Brandenburger bzw. 69,5 Prozent aller Auspendler aus Brandenburg hatten ihren Arbeitsort im Land Berlin. Das sind 4,5 Prozent mehr Auspendler als ein Jahr zuvor. Starke Auspendlerströme aus Brandenburg nach Berlin hatten ihren Ursprung in den Landkreisen, in denen sich der engere

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Brandenburg am 30.06.1999 nach kreisfreien Städten und Landkreisen, Arbeitsort- bzw. Wohnortkreis sowie Pendlersaldo

Verwaltungsbezirk	Arbeitsortkreis			Wohnortkreis			
	insgesamt	darunter mit Wohnort außerhalb des Kreises (Einpendler)		insgesamt	darunter mit Arbeitsort außerhalb des Kreises (Auspendler)		Pendlersaldo
		Anzahl	Prozent		Anzahl	Prozent	
Kreisfreie Städte							
Brandenburg an der Havel	26 489	7 738	29,2	26 653	7 902	29,6	– 164
Cottbus	54 186	25 551	47,2	41 097	12 462	30,3	+ 13 089
Frankfurt (Oder)	33 087	12 691	38,4	26 546	6 150	23,2	+ 6 541
Potsdam	67 050	36 916	55,1	50 309	20 175	40,1	+ 16 741
Landkreise							
Barnim	47 196	12 471	26,4	59 245	24 520	41,4	– 12 049
Dahm-Spreewald	49 794	17 702	35,6	56 368	24 276	43,1	– 6 574
Elbe-Elster	37 858	4 913	13,0	44 289	11 344	25,6	– 6 431
Havelland	39 626	9 015	22,8	50 449	19 838	39,3	– 10 823
Märkisch-Oderland	52 439	15 683	29,9	64 435	27 679	43,0	– 11 996
Oberhavel	51 630	12 994	25,2	67 411	28 775	42,7	– 15 781
Oberspreewald-Lausitz	43 810	9 970	22,8	48 671	14 831	30,5	– 4 861
Oder-Spree	55 520	10 632	19,1	69 206	24 318	35,1	– 13 686
Ostprignitz-Ruppin	36 839	5 177	14,1	40 144	8 482	21,1	– 3 305
Potsdam-Mittelmark	62 245	26 113	42,0	74 893	38 761	51,8	– 12 648
Prignitz	28 401	3 235	11,4	32 422	7 256	22,4	– 4 021
Spree-Neiße	46 515	15 637	33,6	52 193	21 315	40,8	– 5 678
Teltow-Fläming	47 996	13 123	27,3	58 623	23 750	40,5	– 10 627
Uckermark	46 192	3 867	8,4	52 143	9 818	18,8	– 5 951
Land Brandenburg	826 873	243 428	29,4	915 097	331 652	36,0	– 88 224
Engerer Verflechtungsraum	295 912	42 553	14,4	332 032	18 651	5,6	+ 23 902
Äußerer Entwicklungsraum	530 961	18 651	3,5	583 065	42 553	7,3	– 23 902

Verflechtungsraum befindet. Eine führende Position wies dabei der Landkreis Oberhavel aus. Aus diesem Landkreis pendelten nach Berlin 1996 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, darunter 10570 Männer und 9392 Frauen. Das macht knapp 70 Prozent aller Auspendler aus dem Landkreis aus. Aus dem Landkreis Barnim gingen 16704 Personen (68 Prozent der Auspendler Barnims) einer Beschäftigung in Berlin nach. Die dritthöchste Anzahl (14711 Beschäftigte) der Auspendler Brandenburgs nach Berlin kam aus dem Landkreis Märkisch-Oderland. Das sind 53 Prozent der Auspendler aus Märkisch-Oderland.

Im Gegenzug kamen Mitte 1999 täglich 53112 Beschäftigte aus Berlin, um im Land Brandenburg zu arbeiten. Das sind 1751 bzw. 3,4 Prozent mehr Einpendler als vor einem Jahr. Anteilmäßig sind das rund 60 Prozent aller Einpendler in das Land Brandenburg. Nach Potsdam kamen die meisten weiblichen Einpendler aus Berlin zur Arbeit. Am 30. Juni 1999 waren es 2900 Frauen. Der Landkreis Märkisch-Oderland verzeichnete die meisten männlichen Einpend-

ler aus Berlin. Ihre Anzahl betrug 4882 Personen.

Knapp über 32 Prozent aller Einpendler kamen 1999 in das Land Brandenburg aus den neuen Bundesländern. Der größte Einpendlerstrom (14390 Beschäftigte) kam dabei aus dem Bundesland Sachsen. Der Anteil der Einpendler aus den alten Bundesländern lag lediglich bei knapp acht Prozent.

Überwiegend war es die Altersgruppe der Beschäftigten zwischen 30 und 45 Jahren, die einen weiteren Weg zum Arbeitsplatz in Kauf nahmen. Rund 48 Prozent der Brandenburger, die Mitte 1999 eine Beschäftigung in anderen Bundesländern hatten, gehörten zu dieser Altersgruppe. Bei den Einpendlern nach Brandenburg gab es einen noch höheren Anteil an 30- bis 45-jährigen, der 49,4 Prozent aller Einpendler betrug.

In der Altersstruktur der männlichen und weiblichen Pendler gab es einige Unterschiede. Während bei den männlichen Pendlern der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe 45 Jahre und älter höher liegt als der Anteil der Altersgruppe unter 30 Jahren, ist die zweitgrößte

Altersgruppe der weiblichen Pendler jünger als 30 Jahre.

Nur in drei Verwaltungsbezirken wurde ein Einpendlerüberschuss registriert

Ausgenommen nur drei kreisfreie Städte Brandenburgs, war Mitte 1999 für alle übrigen 15 Verwaltungsbezirke ein Überschuss der Auspendler gegenüber den Einpendlern kennzeichnend. Der größte negative Pendlersaldo wurde im Landkreis Oberhavel registriert. Der zweitgrößte negative Pendlersaldo lag im Landkreis Oder-Spree und der drittgrößte im Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Ein Überschuss der Einpendler gegenüber den Auspendlern (positiver Pendlersaldo) wurde am 30. Juni 1999 in den kreisfreien Städten Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) festgestellt. Insgesamt waren 42553 Einpendler in den engeren Verflechtungsraum und 18651 Auspendler aus dem engeren Verflechtungsraum registriert. Der positive Pendlersaldo im engeren Verflechtungsraum betrug 23902 Beschäftigte.


Dr. oec. Nina Goppold


Wunsch oder Wirklichkeit?!


Open Source Software (OSS) im öffentlichen Dienst


Das Thema OSS wird derzeit bundes- und weltweit aus den verschiedensten Überlegungen heraus diskutiert.

Wenn man die Grundgedanken, die hinter OSS stehen näher beleuchtet, erkennt man schnell den Unterschied zu herkömmlicher, kommerzieller Software und damit den Auslöser dieser Diskussionen. Open Source Software ist Software

 mit freier Redistribution (Weiterverteilung), d.h. für die Weitergabe der Lizenz darf keine Abgabe oder Gebühr verlangt werden; sprich die Lizenzen sind *kostenfrei*,

 mit *offen gelegtem Source Code*; d.h. der gesamte Programmcode ist offen gelegt und offen zu legen, und folglich können keine Sicherheitslücken bzw. „Hintertürchen“ enthalten sein und OSS kann von Entwicklern weiterentwickelt werden,

 wo der Source Code des Autors (durch Versionsnummern) erkennbar und unantastbar bleiben muss,

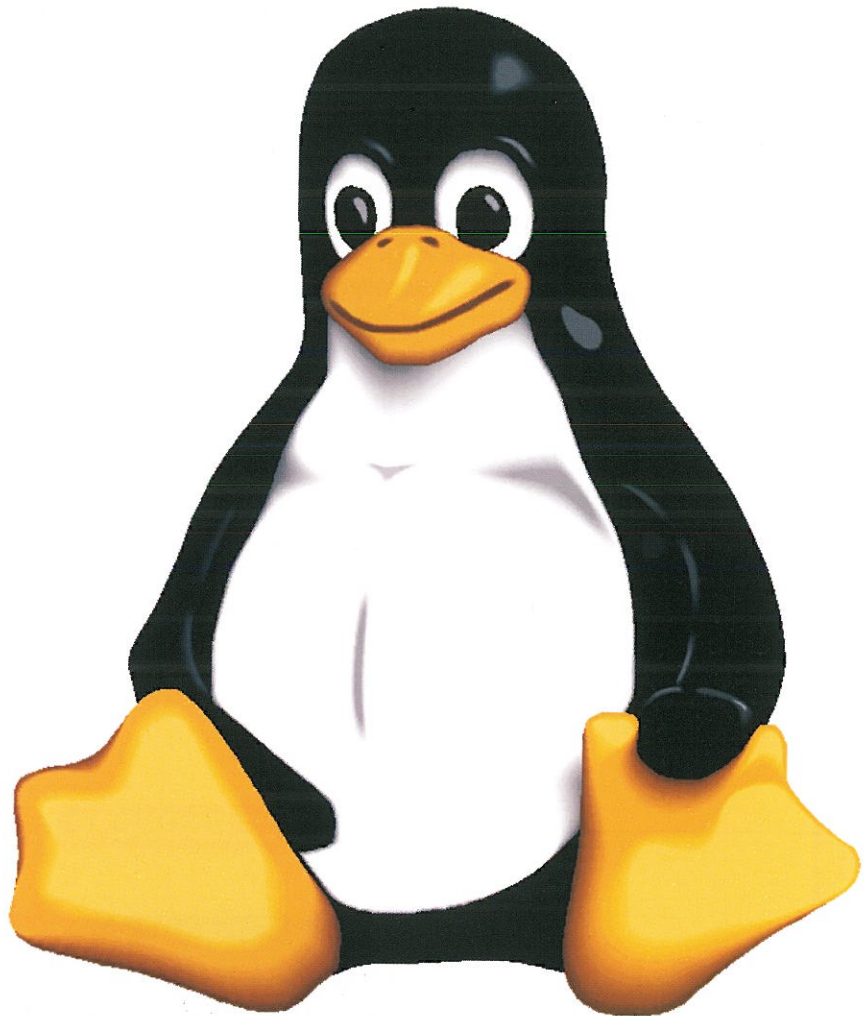
 die keine Personen oder Personengruppen diskriminieren darf, bei der keine Diskriminierung des Einsatzgebietes (Vorschrift zu welchem Zwecke OSS eingesetzt werden darf und wozu nicht) erfolgen darf,

 die keine andere Software beeinflussen darf...*

**„Software,
die nichts kostet,
kann nichts taugen!“**

Dieser Schluss ist ein Trugschluss. Es gibt sehr moderne und durchaus mit kommerzieller Software in Funktionalität und Bedienbarkeit vergleichbare Open Source Software wie Linux und „Star Office“ (vgl. hierzu c't 2000, Heft 23 „Office Pakete im Praxistest“), sowohl für Server als auch für Clients.

* (Angelehnt an: www.opensource.org/osd.html und <http://www.andphive.com/opensource/de-osd.html>)



Der Pinguin, der kostenlose Freude bringt?

„Die Software kostet (fast) nichts, ist sicher und up to date! Warum setzen wir sie dann nicht ein?“

So lautet die Frage, die zu den weltweiten Diskussionen führt, da dieses nicht in allen Punkten für kommerzielle Software in gleichem Maße auch gilt.

Am 08.12.2000 und am 25.01.2001 fanden zwei Foren unter Schirmherrschaft des Interministeriellen Ausschusses für Informationstechnik, des IMA-IT, zum Erfahrungsaustausch und zur Klärung

des Themas: „Open Source Software im öffentlichen Dienst – Wunsch oder Wirklichkeit?“ statt.

Im ersten Teil des Forums ging es um den derzeitigen Entwicklungsstand von OSS, um theoretische Überlegungen, Probleme und Einsatzszenarien, wohingegen sich der zweite Teil sehr praktischen, bereits vorliegenden Einsatzerfahrungen widmete.

Das Programm, Vortragsinhalte und Kontaktadressen sind unter <http://www.brandenburg.de/lds/service/tel-tow/> zu finden.

Ziel war es herauszufinden, ob derzeit

Open Source Software für den Einsatz in der Landesverwaltung geeignet ist. Es trafen sich fachlich hochkarätige Referenten aus der Wirtschaft (IBM, Siemens, SUN, Novell) mit Referenten und IT-Entscheidern der Brandenburger Landesverwaltung und der Bundesverwaltung.

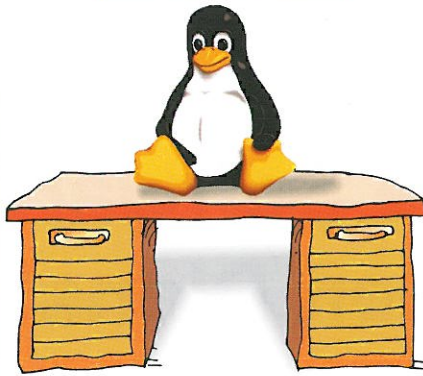
„Wir setzen OSS doch aber schon ein!“

riefen die, bei denen sich in den letzten Jahren Linux-, Apache-, Proxy-, MySQL- und Firewall-Server in bestehende Hausnetze „eingeschlichen“ haben und dort hervorragende, weil zuverlässige, Arbeit leisten.

Als erstes Ergebnis des Forums kann festgehalten werden:

OSS hat als Server-Betriebssystem weltweit bereits einen festen Platz im Inter-/Intranet. Alle Analysten bescheinigen OSS auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren beste Wachstumschancen. Große Firmen wie SUN, Siemens, IBM etc. haben dieses erkannt und ihre Firmenphilosophie bereits angepasst. Im Land Brandenburg sind positive Beispiele im Umweltbereich (LUIS), in den Kommunen und beim LDS (Web Server, Firewall, Proxy etc.) zu finden.

OSS ist folglich bereits als Serverbetriebssystem in den „IT-Empfehlungen“ enthalten.



„Was ist mit dem Standard-Büro-Arbeitsplatz in der Verwaltung?“

Wann kommt kostenlose Anwendungssoftware auf die Schreibtische?“

Auch darüber wurde auf diesen Foren diskutiert. Der LDS, hier gibt es seit kurzer Zeit eine AG „Open Source Software“ (AG OSS), präsentierte „Prototypen“ OSS-basierter Arbeitsplätze. Ziel sollte es sein, dass diese PC-Büroarbeitsplätze voll kompatibel zu der „IT-empfohlenen“ Standard-Software (Word, Excel, Mail...) sind, dass die Software genauso leicht und intuitiv erlernbar und bedienbar ist, der Service- und Administrationsaufwand bestenfalls geringer würde und eine problemlose Einbindung in das Landesverwaltungsnetz (LVN) und bestehende heterogene Netze möglich ist.

Dies ist bisher nicht ausreichend getestet und beschrieben. Es fehlen die überzeugenden Referenzlösungen und es müssen Praxiserfahrungen gesammelt werden.

Diesem Thema wird sich der LDS mit der AG OSS im Laufe des nächsten Jahres widmen. So wird zum Beispiel im Schulungszentrum des LDS ein kompletter Schulungsraum mit Linux-basierten Netzcomputern (NC) ausgestattet und betrieben werden. Darüber hinaus gibt es einige andere Landeseinrichtungen, die ebenfalls bereit sind, praktische Erfahrungen mit den verschiedenen möglichen Varianten von OSS-basierter Arbeitsplatzcomputern zu sammeln.

Als zweites wichtiges Ergebnis kann also festgehalten werden:

Sollten sich diese Büroarbeitsplätze auch im größeren Feldversuch als kompatibel, intuitiv bedienbar, leicht wartbar und integrierbar erweisen, spricht in Zeiten knapper Kassen nichts gegen eine „Migration“ in Richtung Open Source Software. Zur Zeit ist es auf Grund der fehlenden praktischen Erkenntnisse jedoch zu früh, OSS landesweit zu empfehlen.

Im Jahre 2002 wird hierüber anhand der dann vorliegenden Ergebnisse erneut diskutiert werden müssen.

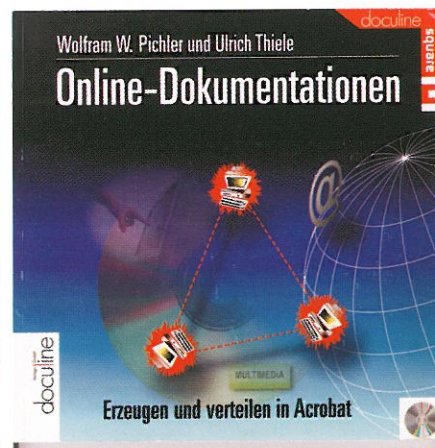
Dirk Schröter

NEUE BÜCHER

Online-Dokumentationen: erzeugen und verteilen in Acrobat

Wolfram W. Pichler; Ulrich Thiele
Doculine-Verlag GmbH, 1997,
Reutlingen
ISBN 3-9805770-3-1
Preis: 48,-DM

Mit der rasanten Entwicklung der Hard- und Software sowie immer leistungsfähigerer und preiswerterer Speichermedien, bei gleichzeitig steigenden Papierpreisen und einer wachsenden Bedeutung des Faktors Zeit, taucht vermehrt die Frage nach einer Alternative zur Verbreitung von Dokumenten in Papierform auf. Eine der Alternativen, die sich in den letzten Jahren mehr und mehr durchgesetzt ist das pdf-Format von Adobe Acrobat.



Immer mehr Bücher befassen sich mit diesem Programm. Nach wie vor gehen aber viele Buchautoren rein mechanisch vor und erläutern die Program-

me Funktion für Funktion. In der praktischen Arbeit helfen solche Bücher aber in der Regel sehr wenig.

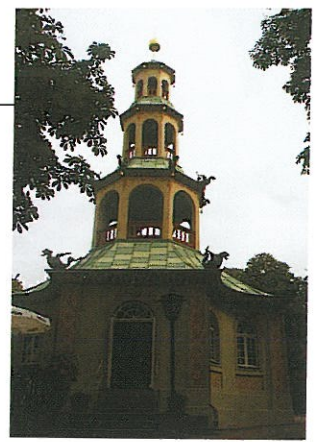
Das vorliegende Buch versucht einen anderen Ansatz. Es versucht anhand von Anwendungsfällen Möglichkeiten aufzuzeigen und Anregungen für die praktische Handhabung des Programmes zu geben. Dies ist recht gut gelungen. Auch wenn es in den beschriebenen Techniken und Funktionen bei Acrobat 3.0 stehen geblieben ist (Erscheinungsjahr des Buches 1997), ist dieses Buch auf Grund der enthaltenen Herangehensweisen und Anregungen empfehlenswert. Aus der Sicht der Nutzer wäre eine Überarbeitung allerdings wünschenswert, damit auch neuere Möglichkeiten und Techniken aufgenommen werden können.

Torsten Haseloff



80. Tagung der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Schöne Tage in Potsdam – Tagungsgeschehen mit Kultur, Geschichte und Wissenschaft



Vom 21. bis 23. Mai 2001 war die Landeshauptstadt Gastgeber der 80. Tagung der Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die jedes Jahr durch ein anderes Bundesland ausgerichtet wird.

Für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) als Organisator und Ausrichter war es eine neue Aufgabenstellung, die es zu bewältigen galt. Zu einer guten inhaltlich-organisatorischen Vorbereitung der Tagung, um dem Tagungsverlauf beste Arbeitsbedingungen zu schaffen, gehörte als Gegenpol auch die Zusammenstellung eines kleinen Umfeldprogrammes mit Stunden der Erbauung, Unterhaltung und Bildung.

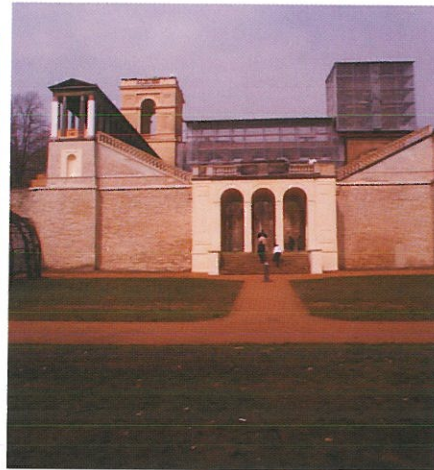
Die Tagung

E-Statistik – Statistiker kunden- und zukunftsorientiert

Der Arbeitsschwerpunkt der Potsdamer Tagung lag auf der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur. Ihre Informationen sind sowohl im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als auch im Bund und den einzelnen Bundesländern eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung, aktuell zum Beispiel bei der Gestaltung der Beschäftigungspolitik und des Rentensystems.

Am 23. Mai empfing Arend Steenken, Direktor des gastgebenden Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik, den brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm. Schönbohm begrüßte die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Potsdam und verwies in seinem Grußwort auf die Bedeutung der amtlichen Statistik.

Nach Schönbohms Angaben ist Deutschland auf dem Weg in die Informationsgesellschaft schon große Schritte vorangekommen. So nimmt



das Internet in privaten Haushalten, der Wirtschaft und in den Verwaltungen eine immer wichtigere Rolle ein. Dies bedeutet auch für die amtliche Statistik eine Neuorientierung. Sie muss sich mit ihren Produkten noch stärker an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren, gerade was Qualität, Aktualität und Vermarktung der Produkte angeht. *„Die Kundenorientierung der amtlichen Statistik setzt eine fortlaufende Innovation der Statistikdienste voraus.“*

Im Rahmen des bundesweiten Gesamtvorhabens „E-Government“ leistet die amtliche Statistik ihren Beitrag unter dem Signum „E-Statistik“. Im Mittelpunkt steht die konsequente Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien über das Internet. So wird beispielsweise die Erhebung von kommunalen Finanzdaten durch den LDS auf Internetbasis realisiert. Doch die Voraussetzungen in den Statistischen Ämtern reichen allein nicht aus, um einen Technologiewandel herbeizuführen, auch die Auskunftspflichtigen müssen den Zugang zu den neuen Medien haben und bereit sein, auf der Datenautobahn zu verkehren. Schönbohm dazu: *„Diese Chance, die diese neue technische Infrastruktur bietet, können und müssen wir gemeinsam nutzen.“*

Zensus test 2001

Einen weiteren Tagungsschwerpunkt bildete die Vorbereitung des **Zensus test 2001**. Die Volkszählung herkömmlicher Art wird bald passé sein. Mit dem Zensus test werden die ersten Schritte zu einem Paradigmenwechsel vollzogen. Wie genau ein künftiger Zensus konzipiert werden soll, müssen erst die Ergebnisse und Erfahrungen dieses Testes zeigen. Er findet voraussichtlich zum Stichtag 19. September 2001 in Deutschland statt. In Brandenburg werden 48 Gemeinden einbezogen sein. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe der Amtlichen Statistik auf allen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen.

Der Zensus test wird u. a. eine Antwort auf die Frage nach der Qualität unserer Melderegister geben. Minister Schönbohm sagte: *„Als Innenminister interessiert mich diese Frage nicht nur rein „statistisch“, sondern wegen der möglichen Auswirkungen beispielsweise auf den Länder- und Kommunalen Finanzausgleich, die EU-Strukturförderung und auf die Wahlen des Landes.“*

Dienstleistungsstatistik

Ab Berichtsjahr 2000 wird auch Deutschland in der Lage sein, den stark expandierenden Dienstleistungssektor repräsentativ abzubilden. Die vorbereitenden Arbeiten für eine aussagekräftige Dienstleistungsstatistik als wichtiger und sich dynamisch entwickelnder Statistikbereich, nahmen lange Zeit in Anspruch und waren mit einem großen Arbeitsaufwand verbunden.

Zwar konnte die amtliche Statistik bisher Aussagen zu einigen Teilbereichen des Dienstleistungssektors wie Handel und Gastgewerbe liefern, jedoch fehlten Angaben zu vielen sich besonders dynamisch entwickelnden Dienstleistungsbereichen, wie etwa die moderne Kommunikations- und Medienbranche, die Nachrichtenübermittlung, For-

schung und Entwicklung und die Dienstleistungen für Unternehmen. Detailliertere Daten über diese Branchen sind dringend erforderlich. Vor allem die Wirtschaftspolitik benötigt eine präzise statistische Grundlage, um die neuen Entwicklungen wirksam begleiten und mitgestalten zu können.

Das Rahmenprogramm

Die traditionelle Geste, nach Potsdam sowohl die Ehefrauen der Ämterchefs als auch die ehemaligen Leiter der statistischen Ämter mit ihren Ehefrauen einzuladen, fand große Resonanz. Insider meinten, so viele Teilnehmer hätte keine Tagung vorher gehabt. Im Jahr der BUGA und des Preußenjubiläums wurde für die Gäste ein kleines aber vielseitiges und anspruchsvolles Rahmenprogramm vorbereitet, bei dem die Organisatoren die Qual der Wahl hatten.

Während die „Aktiven“ im Sitzungssaal des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr dem Tagungsgeheimnis Inhalt gaben, begann die Gruppe der Damen und „Ehemaligen“ eine Sightseeing-Tour. Die Ausflugsziele am ersten Tag waren der Pfingstberg mit Pomona-Tempel, Jüdischem Friedhof und die russisch-orthodoxe Kirche in der Kolonie „Alexandrowka“ auf dem

Kapellenberg. Mit Herrn Vollheim (LDS) hatten wir einen wissenden und unterhaltsamen „Fremdenführer“. Als Krönung des Vormittags wurde der wiederhergestellte Westturm des Belvedere bestiegen. Die Aussichtsplattform bot allen mutigen Wendeltreppenbezwängern einen herrlichen Rundblick auf Potsdam und seine Umgebung. Auf der Rückfahrt gab es noch einen Abstecher in den Neuen Garten, eine Fahrt durch die Berliner Vorstadt und einen Kurztrip über die Glienicker Brücke.

Nach einem Mittagsimbiss vergrößerte sich am Nachmittag mit den dazukommenden Tagungsteilnehmern die Gruppe auf fast 50 Personen. Unter Führung von Herrn Limberg (Amt für Denkmalpflege) erwartete uns ein ausgedehnter Spaziergang durch die Straßen der Villenkolonie Neu-Babelsberg. Dank der kenntnisreichen Erläuterungen von Herrn Limberg, war auch dies ein interessanter und gelungener Programmpunkt. Nach einigen Kilometern Fußweg wartete dann der Busfahrer auf uns, um uns zum Wissenschaftspark auf dem Telegrafenberg zu bringen. Mit kleiner Verspätung traf die Gruppe dort ein und absolvierte erst einmal eine Pflicht: Das alljährliche Gruppenfoto entstand vor dem Einsteinurm. Der anschließende Vortrag von Herrn Dr. Werner gab allen

Teilnehmern neue Einblicke in die Arbeit und die Aufgaben unseres Gastgebers, dem Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Als engagierter Wissenschaftler machte er mit anschaulichen aber auch eindringlichen Worten deutlich, wie empfindlich das globale Klimasystem ist. Salopp gesagt wurde den Zuhörern einmal mehr vor Augen geführt, dass die Menschheit unter einer „Käseglocke“ lebt, die geprägt ist durch den Kreislauf der Elemente und einem Gleichgewicht der Komponenten. Ein System, das in seiner Labilität und Anfälligkeit für die Menschheit, für den blauen Planeten existenzielle Bedeutung hat.

Der Abend klang aus, mit einem Abendessen im „Drachenhaus“, das seinem Namen – wie versichert wurde – keine Ehre machte, so dass alle mit dem Abendzufrieden waren.

Für die „Nichtaktiven“ begann der letzte Tag der Amtsleitertagung mit einem vormittäglichen, beschaulichen Spaziergang. Vorbei an den Resten der alten Potsdamer Stadtmauer, über die Promenade der Heilig-Geist-Seniorenresidenz ging es auf die zur BUGA neu hergerichtete Freundschaftsinsel. Mit den Anstrengungen des Vortags in den Beinen bildete die Schloßerfahrt mit einem Dampfer der Weißen Flotte einen



erholsamen Abschlusspunkt des Programms.

„Wenn Engel reisen ...“ soll Petrus ja ein Einsehen haben, so heißt es. Dass diese Weisheit stimmt, konnten wir alle feststellen und uns des schönen, sonnenscheinreichen Wetters erfreuen. Bei der Verabschiedung wurde neben dem Dank auch große Anerkennung für dieses gelungene Programm, für die gute Vorbereitung und Durchführung, ausgesprochen. Den Dank möchten wir gern an unsere Partner, v. a. an das Verkehrsministerium, an die Polizei für die Busbereitstellung und an unseren Busfahrer, Herrn Bartel, weitergeben.

Wir werden alle Hinweise, Ratschläge und Erfahrungen für das nächste Amtsleitertreffen in Potsdam beherzigen – in 16 Jahren!

Fritz W. Ebert